

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

48. Sitzung
19. März 2026

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 16.49 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen jetzt zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Gesundheitsversorgung und humanitäre Situation
von geflüchteten Menschen in Groß- und
Notunterkünften**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0245](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt ist auch Herr Weickert, der Präsident des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten, hier vor Ort. Auch ihn heiße ich herzlich willkommen.

Dann möchte ich ganz herzlich die beiden Anzuhörenden begrüßen. Zum einen haben wir hier in alphabetischer Reihenfolge Frau Maria Hummel, sie ist Psychologische Psychotherapeutin im XENION – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V., und Frau Juliane Willuhn, sie ist Ko-Bereichsleiterin der Geflüchtetenarbeit und stellvertretende Geschäftsführerin im AWO Kreisverband Berlin-Mitte. Ihnen beiden ein herzliches Willkommen! Schön, dass Sie sich die Zeit nehmen und uns hier berichten wollen!

Ich gehe davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll wünschen. – Es widerspricht dem niemand, und einige nicken zustimmend. Dann verfahren wir so. Wem darf ich für die Begründung des Besprechungsbedarfs das Wort erteilen? – Frau Pieroth von den Grünen. – Bitte sehr!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Wir hatten ja am 11. März 2026 mit vielen von Ihnen eine sehr eindrückliche Begehung der Situation in einer entsprechenden Unterkunft, nämlich im ehemaligen Flughafen Tempelhof. Mich hat das an 2015/2016 erinnert. Damals haben wir es mit Ach und Krach hinbekommen, einen kleinen Medipoint zu errichten. Es ist eine sehr beengte Wohnsituation. Die psychischen Belastungen der Bewohnenden sind groß. Zwei Drittel vor allen Dingen der Männer kommen aus der Ukraine, da ist die Suchtbelastung mit Alkohol besonders hervorzuheben. Wie wir dort von XENION und anderen Trägern gehört haben, sind die psychischen Erkrankungen auf den Aufenthalt vor Ort zurückzuführen und nicht etwa auf das Kriegsgebiet, aus dem die Menschen geflüchtet sind. Ich bin froh, dass wir heute darüber sprechen und Ihrem Bericht folgen. Dass wir dort nach wie vor 18-Jährige den ganzen Tag Tischtennis spielen lassen und eben nicht an Ausbildung und Teilhabe in unserer Gesellschaft heranführen, finde ich bemerkenswert schlimm. Ich würde mich freuen, wenn wir heute endlich zu Lösungen in Richtung Umsetzung kommen. – Danke schön für Ihr Kommen!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Senatorin Kiziltepe das Wort für eine einleitende Stellungnahme. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete! Ich möchte mich erst mal ganz herzlich für das Interesse an dem Besuch vor Ort in Tempelhof am 11. März bedanken. Einige von Ihnen waren mit dabei, das war sehr wichtig, auch Herr Weickert war mit dabei. Sie können sicher sein, dass uns sehr bewusst ist, dass die psychischen Belastungen durch die Unterbringungsbedingungen in Großunterkünften

vorhanden sind. Wir versuchen, dort alles Mögliche zu machen, um die Menschen weiter und besser zu unterstützen. Wir diskutieren auch seit Längerem darüber, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Medipoint dort einzurichten. Wir sind seit zwei Jahren auch mit dem Bezirk im Austausch gewesen, und wir haben auf die Regelstruktur verwiesen. Das war nicht immer ganz einfach, so eine Struktur in der Unterkunft einzurichten. Dafür sind natürlich auch andere Verwaltungen zuständig.

Ich bin froh darüber: Ich hatte vor einiger Zeit den Brief des BNS, der bei mir angekommen ist, und das Gespräch mit dem BNS dazu. Wir haben uns auch das gemeinsame Konzept zwischen AWO und BNS, was ein möglicher Weg sein kann, angeschaut. In dem Ausschuss, als das thematisiert wurde, lag uns das Konzept ja noch nicht vor. Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir hier Abhilfe leisten können, aber auch eine Lösung finden können, die allen Berlinerinnen und Berlinern zugutekommt. Die Lösung ist, dass dort eine Zweigpraxis eines Medizinischen Versorgungszentrums eingerichtet werden soll und kann. Das ist wirklich eine gute Sache.

Auch bei den Räumlichkeiten haben wir uns das angeschaut; Herr Weickert wird gleich noch ergänzen. Wir schauen uns jetzt ganz konkret die Räumlichkeiten am Kopfbau Ost an; wie das dort möglich ist. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Beteiligten der Zivilgesellschaft, bei den Abgeordneten, die vor Ort waren, dafür bedanken – Bettina König aus dem Ausschuss für Gesundheit ist hier, die sich sehr stark eingesetzt hat –, dass wir das alle gemeinsam möglich machen können. – Dann würde ich das Wort an Herrn Weickert übergeben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Weickert jetzt das Wort. – Bitte sehr!

Steffen Weickert (Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – LAF –; kommissarischer Präsident): Vielen Dank! – Ich mache es relativ kurz, damit die Anzuhörenden dann genügend Zeit haben, ihre Stellungnahmen abzugeben, und Sie die Fragen haben. – Das Thema ist sehr vielschichtig. Wir haben von der grundsätzlichen Thematik der gesundheitlichen Versorgung her nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen immer eine Einzelfallversorgung, die an das AsylbLG beziehungsweise an das SGB angebunden und abhängig vom Status ist. Wir haben aber die Situation, dass insbesondere bei diesen größeren Einrichtungen und bei dieser Notunterkunft in Tempelhof in den Hangars eine Gesamtbetrachtung erfolgen muss und wir nicht immer nur an den Einzelfallthemen arbeiten, sondern die Situation insgesamt betrachten. Ich bin als LAF ganz dankbar, dass wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auf verschiedene Partner zurückgreifen können. Wir werden jetzt, nachdem das mit der Zweigstelle klar ist, in die Abstimmung gehen, was die räumlichen Voraussetzungen anbelangt, welche Gegebenheiten notwendig sind, und auch mit dem Bezirk in eine ganz enge Abstimmung gehen.

Was wir als LAF kurzfristig gemacht haben: Wir haben bei der Belegungsstruktur im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Entzerrung vorgenommen, auch eine Entzerrung, die nicht dem Betreiber einen wirtschaftlichen Nachteil generiert – da muss man auch immer aufpassen, was den Betreibervertrag anbelangt –, und wir versuchen natürlich auch, in den aktuell aber doch eingeschränkten Möglichkeiten sehr einzelfallbezogen die Verweildauer der Geflüchteten in den Hangars in Tempelhof zu verringern. Da sind natürlich erst mal die Vulnerabilität beziehungsweise besondere Bedarfe im Fokus, entsprechend sind Familien mit Kindern im Fokus.

Wir haben seit Ende letzten Jahres natürlich durch den verstärkten Zuzug insbesondere der ukrainischen Männer nach Berlin, die mit ihren Themen, mit ihrer Sucht, aber auch mit ihren psychischen Themen kommen, und mit der Abverlegung von Tegel jetzt noch mal einen Fokus in Tempelhof bekommen. Das hat sich ein Stück weit umgedreht. Wir sind dazu in einem ganz engen Austausch. Wir haben auch die Betreuungspotenziale bei den Personalbedarfen im Rahmen unserer Möglichkeiten erweitert, müssen jetzt aber natürlich schauen, dass die Synergien dann entsprechend greifen. Da sind wir gerne dabei, werden das auch begleiten und unter Umständen auch zu einer gemeinsamen weiteren Abstimmung einladen, als LAF alle an einen Tisch holen und dann die beste Lösung für ein Weiterkommen gewährleisten. – Danke erst mal!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir jetzt bei den Anzuhörenden. Vielen Dank noch mal, dass Sie hier sind! Frau Willuhn hat eine Präsentation. Ich denke, es ist vielleicht sinnvoll, wenn sie startet, oder möchten Sie andersherum starten? – Dann haben Sie jetzt die Möglichkeit, mit der Präsentation zu beginnen; gute fünf Minuten, wenn es ein, zwei Minuten länger wird, ist es nicht das Problem. Vor Ihnen ist ein Monitor, darunter ist eine Uhr, die mitläuft, sobald Sie anfangen zu reden, wenn meine Kollegin hier auf das Knöpfchen drückt. – Wunderbar! Dann bitte sehr!

Juliane Willuhn (AWO Kreisband Berlin-Mitte e. V.): Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Juliane Willuhn. Es wurde schon gesagt, was meine Aufgabe ist. Ich bin heute hier, um aus der Praxis zu berichten, was Groß- und Notunterkunft für die Menschen, die dort wohnen, bedeutet. Um es plastisch zu machen – die, die dort waren, haben es auch gesehen, aber ich habe auch noch ein paar Daten und Fakten mitgebracht und ein paar einzelne Fallbeispiele. Ich kenne selber die Perspektive aus fünf Jahren Einrichtungsleitung einer Großunterkunft in Berlin-Buch, das war eine Containerunterkunft, und jetzt begleite ich als Bereichsleitung die Unterkunft in Tempelhof seit Beginn.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Hier sehen Sie den Eingangscontainer.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Tempelhof 2015: Da war ein Bild drin, ich habe aber die Bildrechte nicht geprüft und musste es schnell wieder rausnehmen. Aber Sie haben alle, glaube ich, noch aus dem Medien vor Augen, wie das 2015 aussah: Wabenstruktur, Doppelstockbetten, nach oben offen, Tauben fliegen darüber hinweg, überall liegt Wäsche, und Kinder springen herum. Das war nicht gut. 2026 ist es schon besser, beziehungsweise 2023, als es gebaut wurde. Es wurde in unserer Wahrnehmung viel gelernt aus der Zeit vorher und in superschneller Zeit eine etwas bessere Unterkunft aus den Angeln gehoben. Sie sehen, das sind diese Container. Das ist nicht mehr nach oben offen. Das hilft den Leuten schon, aber in diesen Containern – Sie sehen es – ist es sehr eng; zwei Doppelstockbetten, ein Tisch, zwei Stühle. Die, die dort waren, haben es ja auch vor Ort gesehen. Es ist besser, aber nicht gut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Kapazität ist ungefähr 1 600 – ich mache es nicht zahlengenau, es sind eigentlich 1 596 Plätze –, die Belegung zurzeit 1 100. Die Leute wohnen in drei Flugzeughangars und auf einem Parkplatz, eben in diesen Containern. Sie kommen zurzeit aus 23 verschiedenen Ländern, wovon 720 Ukrainerinnen sind, 130 Syrerinnen, und, Sie sehen es, aus Afghanistan, der Türkei, Georgien und aus 18 weiteren Ländern, die nicht so stark vertreten sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein paar Fakten zur Vulnerabilität der Untergebrachten: Es sind zurzeit, und es waren mal viel mehr, circa 45 Familien, die insgesamt 150 Personen haben. Wir haben zurzeit zehn queere Personen, das waren auch schon 30. Wir haben 35 Personen, die älter sind als 60 Jahre, 40 allein reisende Frauen, ungefähr 50 schwer alkoholkrankte Personen, und wir haben eine nicht quantifizierbare Zahl an psychisch Erkrankten und chronisch Erkrankten. Die können wir einfach nicht zählen. Wir haben natürlich Schätzungen, und wahrscheinlich wird Frau Hummel auch noch etwas zu den Statistiken von psychisch Erkrankten sagen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was Herr Weickert sagte: Es ist zum Glück total gelungen, die Familien haben inzwischen eine kurze Aufenthaltsdauer. Wenige sind länger als drei Monate dort. Durchschnittlich sind die Familien zwei Monate dort, was schon eine totale Verbesserung dazu ist, wie es früher einmal war.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Aber Sie sehen, die Aufenthaltsdauer allein reisender Männer ist in der Mehrzahl eigentlich über sechs Monate. Wenige sind unter sechs Monaten dort, die meisten sechs Monate. Sie sehen auch, es gibt ungefähr 150 Leute, die schon über ein Jahr dort sind, und auch noch mal 50 Leute, die über zwei Jahre dort wohnen; mit Vollverpflegung, ohne Privatsphäre, in diesen Containern, die Sie vor Ort ja auch gesehen haben. Was das alles mit den Menschen macht, wird wahrscheinlich Frau Hummel auch noch mal deutlich sagen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich wollte noch ein paar Beispiele haben, damit Sie sehen, was dort für Menschen wohnen; zum Beispiel ein 50-jähriger Mann aus der Ukraine, seit November 2025 in Tempelhof, stark traumatisiert und mit Epilepsie schon seit der Kindheit, regelmäßige Krampfanfälle nachts, erhebliche Belastung für die Mitbewohnerinnen im Zimmer. Außerdem hat er eine ausgeprägte Depression und wohnt auch schon seit November dort, und jetzt haben wir März. Es gibt also schutzbedürftige und kranke Menschen, die wir nicht verlegen können, weil einfach nicht genug Plätze in der Stadt da sind, um die aufzunehmen. Natürlich ist das immer in Kontakt mit dem sozialen Dienst des LAF und auch mit der Belegungssteuerung, und trotzdem können nicht alle verlegt werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ein anderes Beispiel: Ein 70-jähriger Mann aus der Ukraine mit aggressiver Tumorerkrankung mit Metastasen, mit bestehender Inkontinenz bei langen Wegen zum Toilettencontainer, mit bevorstehender Chemotherapie wohnt seit September in der Unterkunft und konnte bisher nicht verlegt werden.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Letztes Beispiel: Eine 75-jährige Frau, seit mehr als sechs Monaten in Tempelhof, mit Stuhlinkontinenz geht vor den Container in den öffentlichen Bereich auf einen Eimer, um sozusagen irgendwo auf die Toilette zu gehen. Ihr fehlt außerdem eine Zahnreihe, und sie kann die Vollverpflegung teilweise nicht gut verzeihen. – Das sind also drei plastische Beispiele für Leute, die dort trotzdem wohnen, wo wir es zurzeit nicht schaffen – mit „wir“ meine ich jetzt, als Stadtgesellschaft –, dass diese Leute in bessere Unterkünfte kommen, obwohl es sich schon verbessert hat mit dem Umziehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Jetzt brauche ich noch eine Minute für: Was braucht es aus unserer Sicht? – Zwei Minuten, danke! – Die Einhaltung der Qualitätsstandards, die sich die Stadt selber mal gesetzt hat: Zwei Leute wohnen in einem Zimmer auf 15 Quadratmetern, nicht, vier Leute wohnen auf zwölf Quadratmetern; zurzeit können wir es mit drei Leuten auf zwölf Quadratmetern einigermaßen hinbekommen. Und dass die Notunterkünfte auch nur für eine kurze Zeit da sind, wenn man schon in einer Notunterkunft wohnt; wir sind damals angetreten mit drei Monaten, darauf hatten wir uns eingerichtet. Drei Monate ist viel, aber okay. Man braucht eine Perspektive, aus so einer Situation rauszukommen. Wie Sie gesehen haben, sind viele viel länger dort, und das macht lethargisch, das macht krank.

Dann, wie Sie an den Beispielen gesehen haben: Wir brauchen eine zugängliche medizinische Versorgung. Die Leute haben am Anfang, die ersten zwei Monate noch keine Krankenkassenkarte. Sie haben zwar einen Krankenversicherungsschutz, aber der wird oft von den Ärzten nicht akzeptiert, und sie sprechen ja auch kein Deutsch. Aus diesen beiden Gründen ist der Zugang zur ärztlichen Versorgung extrem hochschwellig. Die Leute sind nicht gut versorgt, vor allem die chronisch Erkrankten, und sie landen auch viel in der Notaufnahme, manchmal mit Themen, die dort eigentlich gar nicht hingehören; darum unser Wunsch nach einer besseren medizinischen Versorgung, die räumlich nah ist und aber für alle offen. So ist ja auch die Planung gerade. Es ist keine spezifische Arztpraxis nur für die Unterkunft, sondern für alle, aber sie ist mit Sprachmittlung und vor allen Dingen mit Verständnis für die Bedürfnisse der Bewohnenden gut versorgt.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Was es unserer Wahrnehmung nach auch braucht, ist eine Verbesserung der Vergabe der Unterkünfte. Zurzeit ist das Vergabeverfahren für Unterkünfte so, dass es nach günstigstem Preis vergeben wird. Das verdrängt alle Anbieter, die gute Arbeitsbedingungen haben. Sie werden mich hier in drei Jahren nicht mehr sehen. Die AWO mit Tarifverträgen – auch der IB, mit dem wir das zusammen betreiben –, wird nicht mehr Betreiber sein, wenn die Unterkünfte weiter so ausgeschrieben werden, wie sie ausgeschrieben werden, und wir verantwortlich da-

mit umgehen, alle Stellen zu besetzen, die auch zu besetzen sind. Die jetzige Vergabe ist in meiner Wahrnehmung nicht sehr gut für die Qualität der Unterbringung.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich richte mich jetzt mal an die regierenden Fraktionen: Nach dem Koalitionsvertrag haben Sie sich dazu verpflichtet, Geflüchtete bedarfsgerecht und nachhaltig in einer dezentralen, integrationsfördernden Unterbringung unterzubringen, und der Stopp der dezentralen Unterbringung ist unserer Wahrnehmung nach genau das Gegenteil davon. Deshalb unser Wunsch: Bitte schaffen Sie für die Leute in Tempelhof eine Perspektive! Allein solche Containerunterkünfte, wie es sie mal gab – gibt es ja auch immer noch –, sind eine Verbesserung. Dieses Programm ist ja gestoppt worden; das ist vielleicht keine tolle Unterbringung, aber hundert Prozent besser als das, was in Tempelhof zurzeit ermöglicht wird.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich danke Ihnen sehr!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Willuhn! – Dann hat jetzt Frau Hummel die Möglichkeit, ihre Stellungnahme abzugeben. – Auch für Sie gilt: Die Uhr läuft mit; ein, zwei Minuten sind kein Problem. Bitte sehr!

Maria Hummel (XENION – Psychosoziale Hilfen für politisch Verfolgte e. V.): Guten Tag! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Maria Hummel. Ich bin seit ungefähr sechs Jahren als Psychotherapeutin bei XENION tätig und arbeite dort vorrangig für die BNS-Fachstelle, also zur Identifizierung von besonderer Schutzbedürftigkeit von Menschen im Kontext von schwerer Gewalt und Traumatisierung.

Ich will Ihnen kurz drei Angebote von XENION vorstellen, die im Rahmen der Großunterkunft in Tempelhof relevant sind. Das ist eben einmal die Arbeit der BNS-Fachstelle, dann haben wir eine bezirksgebundene Sprechstunde mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg eingerichtet, wo Menschen zu Sprechstunden zu uns kommen und dort von Psychotherapeutinnen und Sozialarbeiterinnen im Tandem gesehen werden, und wir haben noch ein besonders schönes Angebot ziemlich nah am Hangar, nämlich ein Kiezcafé im Interkulturellen Haus Schöneberg, wo Menschen hinkommen können, um sich auszutauschen und in angenehmer Atmosphäre Zeit zu verbringen, und wo sie auch aufenthaltsrechtliche und psychosoziale Beratung nutzen können. Viele von den Personen, die dort das erste Mal auftauchen, landen dann auch zu weiterer Versorgung bei uns im Zentrum.

Ich möchte Ihnen kurz zu drei Fragestellungen ein paar Ausführungen geben, die hoffentlich den Zusammenhang von Unterbringung und psychischer Gesundheit für Sie nachvollziehbar machen. Sie kennen vielleicht die Zahl: Man geht davon aus, konservativ geschätzt, dass circa 30 Prozent der Personen, die nach Deutschland fliehen, an einer Traumafolgestörung leiden. Es ist aber so, dass insgesamt 80 bis 90 Prozent der Menschen, die hier ankommen, traumatisierende Ereignisse erlebt haben. Das heißt, es stellt sich immer die Frage: Wer von den Personen wird eigentlich krank und wer nicht? –, und hier ist eben besonders darauf zu schauen: Welche Lebensbedingungen bestehen nach dem traumatisierenden Ereignis? –; also auch währenddessen und davor spielt eine Rolle, aber vor allen Dingen die Fragen: Wie geht es

Menschen? Was haben Menschen für Belastungen und Unterstützung nach traumatisierenden Ereignissen? – sind besonders relevant dafür, wer krank wird und wer nicht. Deswegen wurde sich forschungsseitig angeschaut: Welche Risikofaktoren bestehen hier in Deutschland, die ein Auftreten einer behandlungsbedürftigen Erkrankung wahrscheinlicher machen? –, und hier ist die inadäquate beziehungsweise belastende Unterbringung eben ein Risikofaktor. Um das für Sie einzuordnen: Andere Risikofaktoren wären zum Beispiel ein unsicherer Aufenthalt, fehlender Zugang zum Arbeitsmarkt, finanzielle Unsicherheit, soziale Isolation oder auch Verlust beziehungsweise Trennung von Angehörigen. Aber die Unterbringung ist eben auch ein Aspekt, deswegen lohnt es sich, darauf zu schauen.

Die zweite Frage ist: Was sind jetzt konkret die Belastungsfaktoren in Großunterkünften, und wie wirken sich die auf die psychische Gesundheit aus? – Meine Vorrednerin hat es schon angedeutet: Das sind einmal der hohe Lärmpegel, regelmäßige Ruhestörungen, die extreme räumliche Enge – im Moment sind es in Tempelhof vier bis sechs Quadratmeter pro Person –, fehlende Privatsphäre, hier besonders keine eigenen Sanitäreinrichtungen, kein eigenes Bad, dann eine hohe Bedrohungswahrnehmung durch Konflikte und Gewalt untereinander, die entstehen können, eine hohe Präsenz von Security, hier auch zum Teil unprofessionelles, übergriffiges Verhalten, häufige Polizeieinsätze, das Beobachten von Abschiebungen und die fehlenden Kochmöglichkeiten. Das sind jetzt nicht alle Belastungsfaktoren, aber vielleicht die relevantesten.

Was sind die psychischen Folgen dieser Belastungsfaktoren? – Einmal muss man sagen, dass Menschen in Uniformen, vor allem in Polizeiuniformen, einen Trigger für Menschen mit Traumfolgestörungen darstellen, einfach deswegen, weil sie häufig auf der Flucht oder im Herkunftsland von uniformierten Personen – Polizei, Militär – Gewalt erlebt haben. Insgesamt besteht eine hohe Triggerdichte in Großunterkünften. Wenn wir zum Beispiel an Frauen denken, die sexuelle Gewalterfahrungen gemacht haben, dann sind eben diese Massen an Menschen, aber auch solche Themen wie nicht abschließbare Duschen einfach sehr belastend. Sie triggern Ängste und Ohnmachtserfahrungen. Zudem muss man ja auch sagen, dass zum Teil auch sexuelle Übergriffe in Großunterkünften passieren. Dann ist der Lärm ein großes Problem, er erhöht das psychophysiologische Stresslevel. Das macht Impulsdurchbrüche wahrscheinlicher und wirkt sich insgesamt negativ auf die Schlafqualität aus, die bei den meisten Menschen sowieso schon beeinträchtigt ist. Die fehlenden Kochmöglichkeiten sind schon genannt worden. Bei somatischen Grunderkrankungen sind die natürlich sowieso ein Problem. Familien haben eigentlich kaum eine Möglichkeit, eine kindergerechte Ernährung zu gewährleisten. Aber auch aus psychologischer Sicht muss man sagen: Wenn man keine Küche hat, dann fehlt einfach eine Ressource, die sehr wichtig sein kann, um einen Alltag positiv zu gestalten.

Das heißt, zusammenfassend muss man sagen, dass in Großunterkünften einfach eine hohe Anzahl an Risikofaktoren besteht, denen die Menschen ausgesetzt sind, und auf der anderen Seite stehen diesen Belastungsfaktoren, diesen Risikofaktoren einfach nicht ausreichend Schutzfaktoren gegenüber, die den Menschen Sicherheit und Verlässlichkeit bieten können. Es fehlen Räume der Entspannung und der Erholung, es fehlen kindgerechte Räume, es fehlen Möglichkeiten, sich zu bewegen, Sport zu machen. Am Beispiel Tempelhof wäre das zum Beispiel ein direkter Zugang zum Feld, der es den Menschen ermöglichen würde, einfach schnell in Bewegung zu kommen oder auch einfach Platz zu haben. Das heißt, das Stresslevel aller Bewohnerinnen ist dauerhaft hoch, und das ist aus psychologischer Sicht ein großer Fak-

tor, der eine Symptomatik erhöhen und Gefühle von Passivität, Hilflosigkeit und Ohnmacht fördern kann, und das sind ja eben auch Gefühle, die die Menschen aus den traumatisierenden Situationen kennen.

Das führt dann eben auch dazu, dass das Risiko für Suchterkrankungen erhöht ist, weil Sucht immer ein nahe liegender Bewältigungsmechanismus ist, auf den Leute zurückgreifen, wenn keine anderen Bewältigungsmechanismen da sind. Aber auch das Risiko für Eigen- und Fremdgefährdung steigt, und das ist ja auch etwas, was wir leider in der Unterkunft in Tempelhof jetzt in den letzten Monaten in dramatischer Weise erlebt haben. Insgesamt haben wir im Zentrum auch erlebt, dass dieses Gefühl, der Situation dort ausgeliefert zu sein, dort nicht herauszukommen, wenig am Wohnumfeld ändern zu können, etwas ist, was die Leute extrem lähmt.

Einen Satz noch zur besonderen Schutzbedürftigkeit: Bei der Masse an Menschen, die dort wohnen, ist aus unserer Sicht eine Identifizierung von Schutzbedürftigkeit vor Ort schlicht nicht möglich. Das führt dazu, dass sehr viele besonders schutzbedürftige Menschen in Tempelhof leben und dort nicht zeitnah herauskommen, gerade was nicht offensichtliche Schutzbedarfe angeht, die durch psychische Erkrankungen entstehen. Das ist dann dort noch mal eklatanter. Und was dann passiert, wenn hier nicht frühzeitig identifiziert wird, sieht man eben an den aktuellen Eskalationen: Drogenkonsum, Suizid und Suizidversuche.

Der dritte Punkt noch mal kurz vielleicht: Wie behindern eigentlich diese Belastungsfaktoren in der Unterkunft die psychotherapeutische Behandlung? –, um noch mal ein bisschen klarzumachen: Es geht nicht nur darum, die reine medizinische Versorgung zu verbessern, sondern es braucht für diese Zielgruppe einfach einen ganzheitlichen Ansatz, sonst geben Sie an einer Stelle das Geld aus und verlieren sozusagen den Effekt wieder, wenn Sie es an anderer Stelle sparen.

Wir müssen in der Psychotherapie immer als Allererstes auf die äußere Sicherheit der Personen achten, also das muss als Erstes gewährleistet sein, bevor wir überhaupt traumaverarbeitend vorankommen. Äußere Stabilität bedeutet, die Leute brauchen Orte, wo sie sich sicher fühlen, wo sie sich beruhigen können und wo Ressourcen aufgebaut werden können. Das heißt, die Ressource wäre die Erfahrung von Selbstwirksamkeit: Ich habe Einfluss auf meine Lebensbedingungen, ich kann meinen Alltag gestalten, ich mache positive Erfahrungen, weil ich irgendwo mit anderen Menschen sprechen kann, etwas lernen kann, spielen kann und so weiter. – Das sind Voraussetzungen, um dann in der Psychotherapie am Heilungsprozess der Traumafolgestörungen arbeiten zu können. Wenn diese Orte, diese Situationen nicht herstellbar sind, dann sind wir in den psychotherapeutischen Prozessen sehr limitiert, dann können wir im Grunde nur – in Führungsstrichen – stabilisierend arbeiten und die Menschen darin begleiten, die krank machenden Bedingungen, unter denen sie hier leben, auszuhalten und darauf zu achten, dass sie es irgendwie schaffen, konstruktive Bewältigungsmechanismen aufzubauen und nicht – sage ich jetzt mal ein bisschen platt – zum Alkohol zu greifen. Das heißt, es braucht einfach eine adäquate Wohnform, die die Mindeststandards erfüllt, damit die Personen dadurch psychisch nicht noch weiter belastet sind. Es braucht aber auch Zugang zu niedrigschwelligen sozialen Angeboten; Deutschkurse nenne ich hier, Sportangebote, Möglichkeiten, sich in Communitys zu treffen, Kontakt zu Einheimischen zu bekommen. Das ist alles ebenso wichtig, sonst können wir uns zum Teil die Arbeit sparen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich muss ein bisschen auf die Zeit achten.

Maria Hummel (XENION): Ja, ich bin gleich fertig. – Es braucht einen Zugang zur Regelversorgung medizinischerseits. Das ist, glaube ich, bekannt; dazu wurde ja auch schon etwas gesagt. Und uns ist einfach noch mal wichtig zu sagen: Wenn die Leute ein Medikament bekommen oder 50 Minuten in der Woche bei mir in Therapie sind, dann ist das ein Baustein, der muss aber flankiert werden von anderen Möglichkeiten. Wir sehen das bei XENION so, dass es im Grunde wichtig ist, dass die Leute herauskommen aus den Unterkünften und hinein in die Regelversorgung, insbesondere, was Gesundheit und Bildung betrifft, auch einfach deswegen, weil sie dann lernen, sich in der Stadt zu orientieren, und das Hilfesystem zunehmend selbstständig und eigenverantwortlich nutzen können. Deswegen sind wir sehr dafür, dass Angebote geschaffen werden, die die Leute außerhalb der Unterkünfte annehmen können, um sich zunehmend auch selber bewegen zu können. Das machen wir bei XENION eben, indem wir Psychotherapie mit sozialarbeiterischen Angeboten kombinieren, aber auch Angebote machen zum Thema Wohnen: Wie finden die Leute eine Wohnung? Wie kommen sie in Aktivität? Wie kommen sie in Austausch miteinander?

Der Forderung meiner Vorrednerin, die dezentrale Unterbringung wieder aufzunehmen und die zu fördern, können wir uns nur anschließen. Ich denke, das ist die einzige Lösung, um den Kritikpunkten, die ich jetzt ausgeführt habe, in adäquater Weise entgegenzukommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt in der Aussprache, und ich habe hier schon einige Wortmeldungen der Abgeordneten. Frau Pieroth beginnt. – Bitte!

Eine Bitte habe ich vorweg, das gilt für alle: Ich finde es immer gut, wenn die Abgeordneten nicht länger ihre Fragen stellen, als die Anzuhörenden ihre Statements abgegeben haben. Vielen Dank! – [Katina Schubert (LINKE): Gut, dass die ein bisschen überzogen haben!] – Na ja, ich weiß, aber vielleicht orientieren Sie sich an der Zeit von Frau Willuhn. Das war, glaube ich, die gute Mitte. Danke!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Okay! – Ich würde aus meiner Sicht doch noch mal ganz kurz die Situation darstellen, da ich jetzt nicht weiß, wer außer Katina Schubert und Katharina Senge und natürlich Herrn Weickert am 11. März vor Ort war. – [Zuruf] –

Vorsitzende Ülker Radziwill: Ich war auch vor Ort.

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Sehr gut! – Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann, seit 2022 wirklich dran, dass zumindest die Psychologinnen jetzt dort aktiv werden konnten, bewegt sich mit mir als gesundheitspolitischer Sprecherin sehr in Richtung Akutmedipoint, denn zu sagen, die gehen in die Regelversorgung – Das wäre auch für uns wunderschön, und da bin ich mit meiner Kollegin Bettina König super-d'accord: Wenn es funktionieren würde, wäre das toll. Insofern ist jetzt ein MVZ, wo es schon einen Kassensitz gibt, eine Superlösung. Dort kann dann auch wie in einem integrierten Versorgungszentrum – Beispiel ist das Geko in Neukölln – psychologische Beratung, alles, was wir dort brauchen – Sozialarbeit, Schuldnerberatung et cetera – zusammengefasst werden.

Meine ganz konkreten Fragen, die wir ja jetzt schon ein bisschen länger stellen: Ist angedacht, dass es mit der zusätzlichen Unterkunft Hasenheide in irgendeiner Form einen Ort außerhalb gibt, wo die Menschen hingehen können, sich beraten lassen können, wo auch ein Arzt- oder Ärztinnensitz ist? Ist hier etwas gemeinsam geplant? Aziz Bozkurt hat mir vor zwei Wochen gesagt, dass der Bus doch noch herumspunkt und vielleicht doch finanziert wird und dann aus Reinickendorf auch mal in Tempelhof und an der Hasenheide halten kann. Gibt es für diese Räumlichkeiten im Kopfbau, die Sie gerade genannt haben, einen Zeitplan, und soll das tatsächlich umgesetzt werden? Dann wäre das zwar nicht, wie aus dem Gespräch hervorging, außerhalb der Räumlichkeiten, aber es gäbe wenigstens Räumlichkeiten. Ist dort dann auch für Strom und Wasser ohne Legionellen gesorgt? Und: Reicht die AWO ein Konzept ein, worauf wir dann möglichst vor der Sommerpause, noch in dieser Legislaturperiode, bauen und diesen Medipoint – egal ob mobil; und der soll auch psychosomatisch angelegt sein, für alle Bedarfe – auch tatsächlich umsetzen können? – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Özdemir jetzt das Wort. – Bitte sehr!

Orkan Özdemir (SPD): Zuallererst möchte ich mich natürlich beim BNS und bei der AWO konkret bedanken. Wir hatten ja zwei Wochen davor so eine Art Arbeitstreffen, bei dem wir noch mal alle Fakten gesammelt und uns alle Möglichkeiten angesehen haben. Aus dieser Sitzung heraus haben wir uns mit den zuständigen Senatorinnen, Staatssekretären und politischen Sprecherinnen zusammengesetzt und die Realisierung dieses MVZ vorangetrieben. Dieser Kopfbau Ost ist ja, wenn man das so organisieren will, auch von außen beziehungsweise vom Feld aus erreichbar. Das war auch ein wichtiger Punkt, weil wir ja gesagt haben, wenn wir schon so ein Medizinisches Versorgungszentrum dort verorten, dass das auch für die, die beispielsweise das Feld besuchen und sich dort verletzen oder Ähnliches, auch auffindbar und aufsuchbar ist. Das ist also auch sehr praktisch und auch integrativ, glaube ich. Da mache ich mir, ehrlich gesagt, nicht mehr so große Sorgen, weil die schwierigen Punkte mit dem Kassensitz und so weiter geklärt sind. Wir sind ziemlich positiv, dass wir auch die Räumlichkeitsfrage demnächst klären. Dafür möchte ich aber trotzdem noch mal, das hatte ich ja eben schon gesagt, vor allem der AWO danken, weil sie da wirklich sehr viel Druck gemacht hat und immer wieder auf uns zugekommen ist, genauso wie das BNS – auch da noch mal danke schön! –, sodass wir dort sozusagen auch mehrere Tage der besagten Woche verbracht haben. Das muss man auch erst mal hinkriegen, danke schön also!

Meine Frage wäre noch mal eine generellere: Ich bekomme ab und an mal Nachrichten, dass die Menschen, die dort vor Ort sind, die sich als Roma identifizieren, Beschwerden haben, dass die medizinische Versorgung spezifische Herausforderungen zu haben scheint. Können Sie mir etwas dazu sagen? Das wäre spannend. Und dann hätte ich noch die Frage, wie sozusagen die Verbindung zwischen den Tempohomes und den Hangars ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat jetzt Herr Lindemann das Wort.

Gunnar Lindemann (AfD): Herzlichen Dank! – In Berlin haben ja viele Berliner das Problem mit der gesundheitlichen Versorgung, überhaupt einen Arzt-, geschweige denn Facharzttermin zu bekommen. In dem Zusammenhang würde ich gerne wissen: Ist dem Senat bekannt, wie die gesundheitliche Versorgung in anderen EU-Ländern in den Flüchtlingsgroßunterkünften aussieht, und über- oder untertrifft Berlin hier diese internationalen Standards?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Schubert das Wort.

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden, dass ihr gekommen seid! Ich war ja jetzt auch am 11. März mit in Tempelhof. Ja, gegenüber 2016 ist es schon besser, dass es ein Dach über dem Kopf gibt und es kein offener Messebau ist, aber die Dichte und die Belegung und der Krach, das ist schon sehr belastend. Also ich kriege schon eine Krise, wenn ich in einer vollen U-Bahn stehe. Wenn ich mir vorstelle, ich müsste dort wohnen, und ich habe keine Kriegstraumatisierungen, ich habe keine Gewalterfahrungen – ich kann mir nicht vorstellen, dass das ohne Schaden an mir, die ich vergleichsweise gut situiert bin, vorbeigehen würde. Ich stelle mir vor, ich komme aus einer Fluchtsituation und bin dann dort ohne Perspektive, wann es da wieder rausgeht. Es ist relativ übersichtlich, dass das eine krank machende Wirkung hat.

Jetzt höre ich mit Begeisterung, es gibt möglicherweise Lösungen, dass es einen Medipoint oder als Teil der Regelversorgung sozusagen ein MVZ gibt. Das finde ich gut. Das ist aber nur die halbe Miete, muss ich ganz klar sagen, denn wenn die Leute keine Perspektive haben, da herauszukommen, dann perpetuiert sich ja der Krankheitszustand. Das heißt, die Frage ist: Gibt es neben der schnellen Einrichtung eines MVZ, was wir natürlich auf jeden Fall unterstützen, konkrete Planungen, wie Tempelhof als Notunterkunft schneller – ich sage jetzt mal „abfließen“, das ist natürlich blöd, aber wie die Menschen schneller verlegt werden können. Wenn Sie sagen, Sie haben die Verdichtung jetzt schon etwas verringern können, es sind nicht mehr vier, sondern drei auf zwölf Quadratmetern – das ist natürlich viel zu eng, vor allen Dingen, wenn es in dieser Hangarsituation ist, wo man sowieso ganz eng aufeinander ist und die Klos und die Duschen draußen sind und alles schwierig ist. Das heißt, das kann keine Dauerunterbringung sein, und alles, was länger als drei Monate ist, ist ja eine Dauerunterbringung.

Jetzt hat ja der Senat beschlossen – warum auch immer –, die dezentralen Standorte für die Tempohomes aufzugeben und auf Großlösungen zu setzen. Da wurde Tempelhof genannt – anscheinend macht ja vor allen Dingen der CDU-Fraktionsvorsitzende da die Politik –, also Tempelhof soll gestärkt werden, Tegel wird ja nun auch wieder ausgebaut auf 2 600 Plätze. Es gibt ja dann aber gar keine Perspektive, dass es irgendwie einen Abfluss in vernünftige Unterbringungen gibt. Jetzt können wir sagen, dann müssen eben mehr Wohnungen gebaut werden. Da sind wir uns sofort einig; wie das geht, ist wahrscheinlich noch Verhandlungssache. Aber erst mal müssen ja die Leute da raus, und zwar auch jetzt. Und die Vorstellung, es wird einfach weiter aufgefüllt, ist ja schwierig. Deswegen ist die Frage: Was ist der Plan?

Herr Weickert! Sie hatten ja bei dem Treffen am 11. März gesagt, Sie gehen davon aus, dass das ja noch nicht gestoppte MUF am Tempelhofer Feld dann die Notunterkunft ersetzen soll. Da frage ich dann mal: Weiß das auch der Senat, oder ist das der Plan des LAF? Dafür muss das Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes geändert werden, dann muss man ja auch wissen, welche Perspektive damit verbunden ist.

Jetzt ist es ja so, dass diese Strategie, auf Großunterkünften und Abschreckung zu setzen, mit die teuerste Strategie ist, die man haben kann; deutlich teurer als dezentrale Unterbringung und Wohnungen, wenn wir denn welche hätten, aber auch deutlich teurer als zum Beispiel mit Modulbauten, die dann auch noch anderweitig verwendbar sind, wenn Menschen keinen Flüchtlingsstatus mehr haben. Können Sie beziffern, frage ich jetzt mal in Richtung Senat,

was diese Großunterbringungen an Mehrkosten bringen gegenüber einer normalen Gemeinschaftsunterbringung beispielsweise oder gar einer Unterbringung in Wohnungen, wenn man mal die ganzen Folgekosten wie Erkrankungskosten dazurechnet, die ja nun mehr oder weniger zwangsläufig sind? Wir haben am 11. März auch erfahren, dass auch der Bezirk massiv unter Druck steht, weil auch bezirkliche Einrichtungen wie das Kiezcafé genutzt werden, aber die Finanzierung gar nicht dauerhaft gesichert ist. Das heißt, dass möglicherweise das, was ein bisschen an sozialer Infrastruktur für Beratung da ist, um aus dieser Situation herauszukommen, dann nächstes Jahr auch noch wegzubrechen droht. Gibt es dazu schon einen Austausch zwischen dem Senat als Auftraggeber dieser Riesenunterkunft und dem Bezirk, wie man hier Abhilfe schaffen kann?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann würde ich jetzt gerne mit Ihrer Erlaubnis – denn wir müssten ihr Rederecht geben – Frau König drannehmen. Spricht jemand dagegen? – Das ist nicht der Fall, dann haben wir ihr kollegial das Rederecht hier gegeben. – Frau König, bitte, Sie haben das Wort!

Bettina König (SPD): Vielen Dank für das Rederecht! – Eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen, die in Berlin leben, ist für uns als SPD-Fraktion megawichtig. Deshalb ist es wirklich ein großer und ein guter Schritt, der dort jetzt getätigt werden kann, dass wir dort dieses MVZ hinbekommen, denn die Regelversorgung – das haben wir ja oft als Thema im Gesundheitsausschuss – ist in dieser Stadt in vielerlei Hinsicht sowieso schon an ihren Grenzen. Deshalb: Ohne eine solche zusätzliche, konkrete Anlaufstelle vor Ort wäre das, glaube ich, sehr schwierig geworden, und ich hoffe, dass wir an der Stelle damit auch tatsächlich gut entlasten können. Es ist auch gut für die umliegende Krankenhäuser, weil dann eben nicht mehr so schnell der Weg in die Notaufnahme gesucht wird, wenn es Alternativen gibt.

Ich finde wichtig, dass wir darauf achten, dass auch die seelische Gesundheit, die mentale Gesundheit dort adressiert werden kann. Es wurde sehr deutlich aus Ihren Vorträgen und auch aus dem Besuch vor Ort, dass das natürlich, nachvollziehbarerweise ein großes Problem ist. Die Wohnverhältnisse sind einfach so, wie sie sind. Mich haben sie immer noch erschreckt, als ich dort war. Dass die Menschen dort leiden und ja auch mit Vorgeschichten kommen, die sowieso belastend sind, ist klar, und deshalb muss dieser Punkt mentale, seelische Gesundheit ein ganz wichtiger Schwerpunkt sein. Perspektivisch müssen wir natürlich auch eine andere Wohnunterbringung finden. So, wie man dort lebt, ist es natürlich auf Dauer nicht haltbar.

Ich würde noch gerne vom Senat wissen wollen, was jetzt mit dem Medibus passiert; das hat Frau Pieroth auch schon angesprochen. Vielleicht könnt ihr dazu noch mal kurz ein bisschen ausführlicher berichten, wie dort die Perspektive ist.

Und XENION würde ich gerne fragen: Habt ihr die Kapazität, auch traumatisierte Kinder betreuen zu können? Funktioniert das halbwegs, oder was bräuchtet ihr, damit man Kinder und Jugendliche noch besser auffangen kann, was den Bereich Psyche angeht? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Frau Senge, bitte!

Katharina Senge (CDU) Ganz herzlichen Dank, dass Sie heute hierhergekommen sind und uns noch mal berichtet haben! Einige waren ja auch dort und haben sich vor Ort schon ausgetauscht und sich ein Bild machen können. Uns war auch immer wichtig, dass wir zusätzliche medizinische Angebote in Tempelhof bekommen. Zu der Argumentation, dass die Personen, die dort untergebracht sind, ja alle schon eine Gesundheitskarte haben: Zum einen war es, glaube ich, doch nicht immer so, zum anderen löst das natürlich viele Probleme auch nicht, weil Arztpraxen überlastet sind, weil man die Sprache nicht kann et cetera und man dann, wie es die Kollegin gerade gesagt hat, vielleicht doch zu oft in die Notaufnahme geht. Es ist also für das gesamte System um die Unterkunft herum, aber auch für die Menschen, die dort untergebracht sind, keine wirklich praxisnahe Lösung, dort nichts anzubieten. Deshalb finde ich das sehr gut und haben wir uns auch die ganze Zeit über dafür eingesetzt, dass dort etwas passiert.

Ich habe jetzt aktuell gar keine Frage, weil ich ja dabei war und wir uns dort wirklich, ich glaube, zwei Stunden ganz intensiv ausgetauscht haben. Es sind aber auch einige Fragen, die ich sonst gestellt hätte, von Frau Pieroth oder von Frau König gestellt worden, von daher mache ich es jetzt kurz. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat noch Herr Walter das Wort. – Bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich muss mich entschuldigen, falls ich eine Frage stelle, die bei diesem Termin gestellt worden ist, aber da ich dort nicht anwesend sein konnte, würde ich das zumindest hier für den Ausschuss noch mal in Erfahrung bringen wollen. Ich kann an Frau Schubert anknüpfen: Mir ist die Gesamtsituation immer noch nicht ganz klar, und ich habe das Gefühl, dass da auch unterschiedliche Informationen kursieren beziehungsweise es auch einfach Unklarheit gibt, was jetzt die Gesamtsituation angeht und auch die Weiterentwicklung. Frau Schubert hat jetzt von MUF gesprochen. Ich habe das bislang so vernommen, dass die Planungen sind, dort Tempohomes zu errichten, dreigeschossig mit Holzbau. An anderer Stelle wurde gesagt, das stimme so gar nicht mehr, sondern maximal zweigeschossig. Dafür, ist meine Einschätzung, hat ja die Koalition mit der Änderung des Gesetzes zum Erhalt des Tempelhofer Feldes auch schon die Voraussetzung geschaffen, das zumindest temporär zu ermöglichen.

Die Frage ist: Kommt das jetzt noch, und in welcher Form kommt das? Kommt das in Form dieser Holzhomes, dreigeschossig oder nicht, und vor allem: Was ist das Ziel? Ist das Ziel ein weiterer Ausbau des Standorts Tempelhof zur Unterbringung, oder ist das Ziel, die Hangars leerzuziehen und zumindest zu ermöglichen, dass die Menschen nicht mehr in den Hangars untergebracht werden, sondern dann auf der Erweiterung der Feldfläche in diesen neuen – was auch immer das genau ist, was da errichtet wird? Das ist mir nicht ganz klar. Die Freiziehung der Hangars wäre ja zumindest ein erster Schritt in eine Richtung von stärker selbstständigem Wohnen, aber diese Informationen sind bis heute unklar. Vielleicht können Sie einfach mal erläutern, was denn jetzt die genauen Planungen sind, in welchem Umfang, was konkret, wie viele Menschen das betrifft und ob die Hangars jetzt freigezogen werden oder nicht.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! – Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Dann hat die Senatorin zuerst die Möglichkeit zu antworten, und dann geht der Ball an Sie weiter.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Gerne möchte ich zum einen ganz kurz etwas zum Vergaberecht sagen: Das ist auch mir ein wichtiges Anliegen, weil ich der Meinung bin, dass, wenn öffentliche Vergaben gemacht werden, auch bestimmte Kriterien eingehalten werden müssen; dazu gehören soziale und ökologische Kriterien. Deshalb haben wir auch im Rahmen des Mitzeichnungsverfahrens zur Vergaberechtsnovelle unter anderem diesen Punkt mit eingebracht, und ich hoffe, das wird im Rahmen der Vergabereform auch Berücksichtigung finden. Wir bedauern das auch sehr. Die gute Arbeit des IB und der AWO ist sehr wichtig und wertvoll.

Zum zweiten Punkt, der dezentralen Unterbringung, möchte ich auch gerne etwas sagen, weil mich das ja auch seit Jahren beschäftigt und es unbestritten ist, dass die dezentrale Unterbringung integrationspolitisch der bessere Weg ist. Wir haben in Berlin nicht immer die große Auswahl an Flächen, das muss man auch sagen. Wir sind ein Stadtstaat und begrenzt, und es gibt immer Nutzungskonflikte auch zwischen verschiedenen Ressorts, gar keine Frage.

Zu den Koalitionsbeschlüssen noch mal eine klare Einordnung: Es gibt im Vergleich zwischen dem Koalitionsbeschluss von Dezember 2025 und dem Koalitionsbeschluss aus dem März 2024 nur eine Veränderung. Die dezentrale Unterbringung wurde also nicht komplett abgestellt, sondern die dezentralen Unterkünfte, wie sie jetzt vorhanden sind, bleiben weiterhin. Dort ist auch die Vereinbarung, dass Mietverträge im Hauptausschuss verlängert werden. Die Beschlüsse zu Hasenheide, Soorstraße und Landsberger Allee stammen auch aus einem Koalitionsbeschluss, der älter ist als der Koalitionsbeschluss aus dem Dezember letzten Jahres. Das heißt, die einzige Änderung dort ist, dass die WCD-Standorte – – Es waren ja nach umfangreichen Überprüfungen zehn Standorte von insgesamt 16 Standorten für geeignet erachtet worden. Die werden wir jetzt noch mal fortführen bis zur Bauausführungsplanung, sodass wir bei Bedarf schnell reagieren können. Sie kennen die Krisen weltweit, die Unsicherheiten und die Fluchtbewegungen, die nicht immer zeitgenau prognostiziert werden können, sodass die WCD-Standorte zwar jetzt nicht im Fokus stehen, aber, sofern es wegen der Fluchtbewegungen erforderlich ist, mit dieser Bauausführungsplanung auch schnell aus der Schublade herausgenommen werden können.

Dass die Verweildauer so lang ist, hat viele Gründe. Dazu gehört natürlich auch das Fehlen von bezahlbarem Wohnraum, das betrifft alle Berlinerinnen und Berliner. Wir sind uns, das hat Katina Schubert ja auch gesagt, einig, dass wir schneller und günstiger bauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen müssen. Wir versuchen im Rahmen unserer Steuerung darauf zu achten, dass insbesondere vulnerable Gruppen stärker priorisiert werden. Dass die Kosten der Großunterkünfte über denen der Gemeinschaftsunterkünfte liegen, ist auch bekannt. Es ist das Mehrfache der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften, was die Kostensituation bei den Großunterkünften angeht. Das habe ich auch schon mehrfach gesagt.

Dann gab es noch eine Frage zum Medibus. Hier sind wir auf einem guten Weg, aber dazu kann Herr Weickert gleich noch etwas sagen.

Einen Punkt zu den Beschlüssen habe ich noch vergessen: dass auch die MUF-1.0- und -2.0-Standorte von diesem letzten Beschluss unberührt sind. Auch mit diesen Planungen schaffen wir ja bezahlbaren Wohnraum und sind dazu auch immer im Austausch mit dem Bausenator, wie wir weiter integriert neue Wohnquartiere erschließen können, sodass alle Personengruppen mit berücksichtigt werden können. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Weickert, bitte!

Steffen Weickert (LAF): Zwei Sachen vielleicht noch: Es wurde zu dem Medibus oder Ambulanzbus gefragt. Da ist die Situation so, dass das in den fluchtbedingten Mehrbedarfen im Haushalt in Kapitel 2931 unsererseits Berücksichtigung fand, jetzt aber noch eine Hauptausschussvorlage zu fertigen und dann in den Hauptausschuss einzubringen ist, worin es um die Entsperrung der Mittel geht. Wenn die Mittel dafür dann entsperrt sind, kann es eine entsprechende Ausschreibung geben und auch eine Weiterführung dieses Projekts Medibus beziehungsweise Ambulanzbus.

Eine Sache war noch gefragt worden, was die Containerbauweise in Holzmodul am Columbiadam anbelangt. Ja, es ist, wenn Sie mich als LAF und als Bedarfsträger fragen, weiterhin ganz klar die Alternative für die Containersituation in den Hangars. Das ist für uns weiterhin erst mal Ersatz, als Alternative geplant, aber dazu müssen auch noch Abstimmungen vorliegen. Dabei ist ja die BIM dann sozusagen der Geschäftsbesorger für das LAF. Dazu finden auch noch entsprechende Abstimmungen statt.

Dann gab es noch eine Frage zur Hasenheide und zu Räumen dort. Wir haben in dem Objekt an der Hasenheide, das aber aufgrund der baulichen Situation auch eine AE sein wird, in dem Großgebäude Räume, in denen entsprechende Beratungen, auch medizinische Impfberatungen möglich sind. Dazu sind wir auch im Austausch mit dem Gesundheitsamt des Bezirks. Die Zweigstelle MVZ für die klassische medizinische Versorgung ist aber im Hangar geplant, und die dann letztendlich zu öffnen für die Bedarfe, die sich unter Umständen auch aus der umliegenden Region zeigen, unter Umständen auch aus der Hasenheide.

Zu den Unterbringungen und den Kosten bei Großunterkünften beziehungsweise bei entsprechenden Notunterbringungen haben Sie die Situation der Vollverpflegung und des gesteigerten Sicherheitsdienstanspruchs und -bedarfs. Deshalb ist eine solche Unterkunft immer teurer als eine Gemeinschaftsunterkunft, wo aufgrund des Status der Menschen, die dort sind, eine Selbstversorgung gewährleistet wird. Natürlich sind auch die Sicherheitsanforderungen bei einer GU, insbesondere bei der wohnintegrierten Form, nicht so erheblich wie bei einer Notunterkunft.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat die Senatorin noch mal das Wort.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Es gab noch eine Frage zur Gesundheitsversorgung im Vergleich zu anderen Ländern. Aktuell, jetzt in dieser Sitzung, liegen mir keine Daten dazu vor, aber ich kann grundsätzlich sagen, dass Deutschland eines der besten Gesundheitssysteme weltweit hat. Natürlich gibt es konkret zu unserer Frage hier Bedarfe, die noch abzudecken sind, aber auch hier versuchen wir, die Situation bestmöglich zu verbessern. Wenn man vergleicht, wie es in anderen Bundesländern gehandhabt wird, können wir schon sagen, dass die psychosoziale Betreuung in Berlin über das hinausgeht, was in anderen Bundesländern geleistet wird. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann haben Sie, liebe Anzuhörende, jetzt die Möglichkeit zu antworten. Frau Hummel startet, Frau Willuhn folgt. – Es gibt dann noch eine Wortmeldung von der Abgeordneten Frau Pieroth. Ist die noch aktuell? – [Zuruf von Catherina Pieroth-

Manelli (GRÜNE)] – Könnten Sie dann noch einen Moment warten? Dann machen wir schnell die Verständnisfrage. – Frau Pieroth, bitte!

Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE): Ich habe Sie jetzt gerade nicht verstanden: Die Räumlichkeiten, sind die, wie gerade gesagt wurde, in dem Kopfbau Ost geplant oder in den Hangars? Und: Geht es schon konkret um Räumlichkeiten für dieses MVZ, und gibt es dafür einen Zeitplan?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat die Senatorin die Möglichkeit, noch mal darauf zu antworten. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Zu der Frage nach dem Zeitplan und den Räumlichkeiten würde ich gleich noch mal Herrn Weickert das Wort geben. Zu der Frage, wie das jetzt geplant ist mit den Hangars: auf der neuen Fläche, die im Koalitionsbeschluss von Dezember 2025 vorgesehen ist. Der Beschluss ist so, dass dort in Holzbauweise dreistöckige Unterkünfte geplant sind. – [Zuruf von Catherina Pieroth-Manelli (GRÜNE)] – Frau Pieroth, das habe ich gerade gesagt, da haben Sie, glaube ich, nicht zugehört. Herr Weickert wird darauf antworten. – Vorgesehen ist, dass die Hangars freigezogen werden.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann Herr Weickert, bitte!

Steffen Weickert (LAF): Zu den Räumlichkeiten sind wir jetzt noch mal mit dem Betreiber beziehungsweise mit dem, der dieses MVZ dann betreibt, in Abstimmung, auch mit Tempelhof Projekt, weil das ja der Eigentümer beziehungsweise der Liegenschaftsverwalter ist. Wir müssen jetzt genau schauen: Wenn die Absicht geplant ist, das auch nach außen zu öffnen, dann ist es von den Räumlichkeiten her noch mal ein bisschen eine Herausforderung, wie wir das dann gestalten, denn wir müssen ja auch schauen, dass, wenn Menschen kommen, die nicht in den Hangars in der Belegung sind, die entsprechende Sicherheit und diese Abtrennung gewährleistet ist, insbesondere auch zu dem Bereich der Familien. Dazu sind wir noch in Abstimmung. Das wird jetzt in den nächsten Wochen stattfinden, damit wir da schnell eine Einigung haben. Auch was die Untervermietung anbelangt – da sind wir als LAF ja diejenigen, die das dann über die BIM und mit Tempelhof Projekt vermitteln. Das ist jetzt kein Hexenwerk, aber es muss eben mit entsprechenden Untermietverträgen vermittelt werden. Dazu wird es jetzt einen Austausch geben. Mein Ansinnen ist, wirklich mal alle an einen Tisch zu holen. Aktuell läuft vieles über E-Mail-Verkehr, in dem man sich gegenseitig die Bedarfe nennt und dann darauf antwortet. Wir müssen jetzt zeitnah mal alle an den Tisch holen. Das wird, denke ich, in den nächsten 14 Tagen auf jeden Fall passieren; den ersten Aufschlag vielleicht noch vor Ostern, sodass wir da in gute Bahnen kommen.

Aber konkret wann, wo, welcher Raum, das kann ich Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen, weil ja die Parameter bestehen, dass es öffnenbar ist, dass es von außen zugänglich ist, um zukünftig vielleicht auch die Bedarfe bei der Hasenheide oder anderen mit abzudecken und um auch in der Stadtgesellschaft deutlich zu machen: Das ist kein abgeschirmter medizinischer Versorgungsbereich, sondern es ist einer, der denjenigen offensteht, die dort hinkommen wollen. Es gibt ja vielleicht auch im Umfeld genügend Bedarfe.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann würde ich jetzt gerne Ihnen das Wort geben, Frau Hummel. Bitte!

Maria Hummel (XENION): Dann möchte ich kurz auf die Frage nach der Behandlung von Kindern und Jugendlichen antworten. Ich persönlich bin Erwachsenentherapeutin im Erwachsenenbereich, aber es gibt bei XENION auch eine Abteilung, die Kinder und Jugendliche betreut, eigentlich im Moment auch noch relativ nah an Tempelhof dran, nämlich an dem Standort in der Dudenstraße. Dort ist es so, dass unsere Versorgungskapazitäten relativ gering sind, was auch mit der – ich nenne es mal: – migrations- und asylpolitischen Wende zu tun hat. Weder der Bund noch das Land noch die EU haben uns in letzter Zeit mit Förderzusagen beschenkt. Der Bereich ist also schlichtweg von Kürzungen betroffen. Er kümmert sich im Moment vor allen Dingen um unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die vorrangig therapeutisch versorgt werden. Aber insgesamt haben wir Kapazitäten. Wir behandeln auch begleitete Kinder und Jugendliche, also die mit Familien hier ankommen. Wenn wir entsprechende Projekte und Mittel zur Verfügung haben, stehen wir da auch für den Hangar zur Verfügung.

Vielleicht erlauben Sie mir noch einen Kommentar, wenn Sie über die medizinische Versorgung, das geplante MVZ sprechen: Ich hoffe, dass Sie dabei die Sprachmittlung mitdenken, die dringend notwendig ist, um die Menschen angemessen medizinisch versorgen zu können. Das ist eine der großen Hürden beim Regelsystem und macht uns immer wieder Probleme. Vielleicht haben Sie dazu noch eine Anmerkung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Frau Hummel! – Dann Frau Willuhn, bitte!

Juliane Willuhn (AWO): Frau Pieroth, Sie hatten ein Superbeispiel genannt: Das MVZ analog zum Geko in Neukölln zu gestalten, wäre ein tolles Role Model. Wir könnten natürlich Konzepte liefern, auch zeitnah, aber es sind natürlich viele, die da reinspielen. Ich würde mich freuen, wenn wir da bald zu einer Zeitplanung kommen würden. Unsererseits wäre es total wichtig, dass es von außen zugänglich ist; das haben jetzt aber fast alle gesagt. Das ist kein Hangar-MVZ. Das würde wahrscheinlich auch das Ärzteteam gar nicht machen wollen, dass es eine exklusive Ärzteversorgung für eine bestimmte Gruppe ist. Aber darin bin ich nicht die Expertin. Wenn es, zum Glück, irgendwann die Hangars nicht mehr gibt, dann gibt es ja vielleicht trotzdem noch diesen Standort, und dann ist der von außen zugänglich super für Columbiadamm 10 und die neue Unterkunft und vielleicht auch die Hasenheide, oder für andere, die nicht so gut Deutsch sprechen und eine ärztliche Versorgung brauchen, und natürlich auch gerne für die anderen, die dort wohnen.

Herr Özdemir, Sie hatten bezüglich der ärztlichen Versorgung für Geflüchtete mit Roma-Hintergrund gefragt. Ich kann Ihnen dazu leider nicht viel sagen, weil ich nicht in der Unterkunft arbeite. Deshalb weiß ich es gerade nicht, aber ich nehme an, sie haben die gleichen Schwierigkeiten wie alle anderen auch und eventuell noch mit zusätzlichen Vorurteilen zu kämpfen, die dieser Gruppe ja oft gegenüberstehen. Konkretes kann ich Ihnen leider gerade nicht sagen, da kann ich aber nachfragen.

Sie fragten auch nach der Verbindung zwischen Tempohomes und Hangars: Die gibt es nicht. Man läuft da ja ungefähr einen Kilometer außen herum, in Tempelhof ist immer alles weit; leider nicht. – Das wäre es erst mal von mir zu den Fragen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann hat jetzt Frau Kapek das Wort; sie hatte sich auch noch gemeldet. – Bitte!

Antje Kapek (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Ausschussvorsitzende! – Sehen Sie es mir nach, ich bin ja hier heute im Ausschuss nur Vertretung und kenne die Debatten sonst nur aus dem Ausschuss für Inneres, aber die Frage, die sich mir schon aufdrängt, ist, warum wir eigentlich nur über Tempelhof reden; wahrscheinlich, weil Sie jetzt hier sind und sehr viele hier Anwesende gerade in Tempelhof waren. Aber gerade vor dem Hintergrund, dass die Unterbringungsbedingungen ja in Tegel mindestens genauso hart, wenn nicht härter sind und Tegel jetzt auch die zentrale Unterbringung für die GEAS-Unterbringung werden soll und auch hier nicht nur das Thema psychologische Betreuung und Traumabetreuung, sondern auch die Frage: Was passiert mit Kindern? – noch sehr viele Fragen aufwirft, wäre meine Frage: Was sind denn die Planungen für Tegel im Hinblick auf die medizinische und psychosoziale Betreuung?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich das Wort wieder der Senatorin geben. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Kapek, für die Frage! Wir haben ja Tegel als Notunterbringung zum Ende letzten Jahres leergezogen und sind jetzt im Umsetzungsprozess der GEAS-Reform, auch in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Inneres. Wir wollen – oder müssen – dort für diesen Prozess 600 Plätze zur Verfügung stellen und für weitere Unterbringungsmöglichkeiten eine Anzahl von 2 000 Plätzen. Die medizinische Versorgung wird im Rahmen dieser Planungen dort berücksichtigt. Wir haben ja mittlerweile die Hallen abgebaut. Dort sind Container vorgesehen, die für die Unterbringung der Menschen Platz bieten sollen. Zu den genauen Details kann Herr Weickert etwas sagen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann bekommt Herr Weickert das Wort. – Bitte!

Steffen Weickert (LAF): Wir sind gerade dabei, nicht nur die baulichen Gegebenheiten in TXL in dem GEAS-Prozess abzustimmen. Da ist die SenStadt diejenige, die das mit der Containerbauweise umsetzt. Das wird letztendlich auch nicht in starren Blöcken der 2 000 insgesamt umgesetzt, sondern es werden immer solche einzelnen Hofkonstellationen geschaffen, in denen man auch abgrenzen und in den Belegungen ein Stück weit steuern kann. Was den Ankommensprozess im GEAS angeht, gibt es ja eine intensive Kontrolle der Vulnerabilität und der medizinischen Bedarfe, auch was die Infektionsbedarfe und die gesundheitliche Versorgung angeht. Wir werden diese Systematik in GEAS aufgreifen und dort, was wir aktuell im AkuZ mit den jeweiligen Partnern Charité und Vivantes in der gesundheitlichen Versorgung im Ankommensprozess abgedeckt haben, auch noch mal in dem Screeningprozess und im GEAS-Prozess ausweiten und vor Ort eine Situation schaffen, die die gesundheitliche Versorgung verbessert im Vergleich zu dem, was aktuell im AkuZ-Prozess in der KaBoN gegeben ist. Hier nutzen wir auch den GEAS-Prozess, sodass eine Versorgung gesundheitlicher Vulnerabilität, auch mit Anbindung entsprechender psychosozialer Betreuung beziehungsweise Bearbeitung, im Zuge dieses GEAS-Ankommensprozesses in TXL gewährleistet ist.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat sich jetzt noch Frau Schubert gemeldet und bekommt auch noch das Wort. – Bitte sehr!

Katina Schubert (LINKE): Vielen Dank! – Die Frage von Screening et cetera ist ja über den GEAS-Prozess relativ klar geordnet. Dass das umgesetzt werden muss, ist bei aller Grundsatzkritik an GEAS übersichtlich. Was aber nicht zwingend vorgesehen ist: dass man noch

2 000 Leute zusätzlich dort unterbringt. Deswegen ist jetzt noch mal meine Frage: Soll das zur Regelunterbringung werden, also soll die Notunterbringung in Tegel wieder zur Regel werden, oder ist das tatsächlich nur dafür da, es vorzuhalten, falls es neue Fluchtbewegungen gibt? Die Krisenlage ist ja bekanntlich schwierig. Was ist da der Plan? Ich habe die Äußerungen zumindest im Zusammenhang mit dem Koalitionsbeschluss über den Stopp der dezentralen Bauten so verstanden, dass vor allen Dingen auf Tegel und Tempelhof gesetzt wird, was ich für integrationspolitisch, unterbringungspolitisch und überhaupt sozialpolitisch für eine Katastrophe halte.

Ulker Radziwill (SPD): Dann darf ich der Senatorin erneut das Wort geben. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Frau Abgeordnete, für diese Frage! Wie gesagt, ich habe vorhin auch gesagt: Es wird keine Notunterbringung mehr in Tegel geben. Dass wir Kapazitäten brauchen, hat sich auch im Rahmen des Stromausfallanschlags in Zehlendorf gezeigt. Wir hatten in diesem Bereich fünf Unterkünfte, drei davon waren betroffen, und wir mussten kurzfristig Menschen aus drei Unterkünften verlegen. Insgesamt waren das, glaube ich, in etwa 350 Personen, soweit ich mich erinnere. Hätten wir diese Kapazitäten in Tegel nicht gehabt, dann hätten wir ein Problem gehabt. Ich will mir auch nicht vorstellen, wie es gewesen wäre, wenn wir diesen Anschlag in Pankow gehabt hätten. Dort hätten wir die Menschen dann nicht unterbringen können. Deshalb ist es wichtig, solche Kapazitäten zu haben, um auch bei anderen Fluchtbewegungen, wo es stärker wird, reagieren zu können. Wir wollten für Berlin immer einen Puffer haben. Das sollen ja WCD-Anlagen, Container sein. Es soll eine Aufnahmeeinrichtung sein und eben keine Notunterbringung. Für unsere Prognosen und Planungen müssen wir das auch so machen, um gut abgesichert zu sein, damit wir in dem Bereich keine Engpässe haben. – [Zuruf von Katina Schubert (LINKE)] –

Vorsitzende Ulker Radziwill: Frau Schubert! Sie können sich melden, dann bekommen Sie das Wort von mir. Dann kann das Protokoll folgen. So machen wir es. Bitte!

Katina Schubert (LINKE): Aufnahmeeinrichtung heißt ja aber auch nicht Dauerunterbringung, sondern Aufnahmeeinrichtung heißt, man durchläuft den Prozess und dann geht man weiter in eine Wohnung oder Gemeinschaftsunterkunft oder man verlässt das Land.

Vorsitzende Ulker Radziwill: Dann bekommt Herr Weickert das Wort. – Bitte!

Steffen Weickert (LAF): Genau, es ist eine Aufnahmeeinrichtung – das hat ja auch etwas mit dem Status zu tun und mit den leistungsrechtlichen Parametern, die man bekommt –, aber natürlich nicht in Form der Notunterbringung und schon gar nicht in der Form, die Sie jetzt vielleicht in der Vorstellung haben, wie in dem Terminal C. Das wird dann zurückgebaut. Ich kann vielleicht noch mal kurz etwas zu der gesundheitlichen Situation in dem GEAS-Prozess ausführen. Es gibt ja diese vorläufige Gesundheitskontrolle: somatisch und psychosoziale Bedarfe, die erhoben werden und letztendlich direkt der psychosozialen Erstdiagnose und der Verweisberatung zugeführt und weitervermittelt werden. Das ist das eine, und was wir dann eben gewährleisten: dass wir eine Fläche für eine Ambulanz vorsehen, die die weiteren medizinischen Bedarfe in der Erstversorgung gewährleistet. Das, was ein Stück weit in Tegel auch schon vorher stattgefunden hat aufgrund dieses Gesamtkonstrukts Tegel und was jetzt weggebrochen ist und natürlich jetzt in der Reflexion in den Hangars diese Differenz darstellt, ver-

suchen wir also mit einer entsprechenden Versorgung in Tegel dann in diesem Ankommensprozess zusätzlich noch mit zu gewährleisten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: So, ich habe jetzt erst mal keine weiteren Wortmeldungen. Das Thema beschäftigte uns ja schon des Öfteren hier in diesem Ausschuss, und unser aller Anliegen ist es, die Hilfesuchenden bestmöglich unterzubringen und ihnen auch die bestmögliche gesundheitliche Versorgung zur Verfügung zu stellen. Für heute, da es jetzt keine weiteren Wortmeldungen gibt, würde ich diesen Punkt jetzt gern erst mal zum Ende bringen.

Ich will aber noch mal fragen, ob Frau Hummel und Frau Willuhn noch etwas ergänzen möchten; dann hätten Sie jetzt noch die Chance. – Dann danke ich Ihnen für die Zeit, die Sie mitgebracht haben, für Ihre Statements, für den Appell, für die Darstellung der Not der Hilfesuchenden, und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg und auch an das gesamte Team, das dort wunderbare Arbeit macht und den vielen Menschen auch wirklich eine tolle Hilfeleistung anbietet. Also noch mal vielen Dank und frohes Schaffen!

Dann würde ich Ihnen jetzt vorschlagen, dass wir wieder unsere geübte Praxis umsetzen und diesen Punkt, bis das Wortprotokoll vorliegt, vertagen. Ist das in Ihrem Sinne? – Dann machen wir das so. Dann ist Punkt 3 vertagt. Den Dank an die Anzuhörenden habe ich gesagt. – Sie können gerne noch weiter unserer Sitzung folgen oder aber auch andere Sachen, die Sie vorhaben, machen. – Vielen Dank auch an Herrn Weickert!

Dann steigen wir ein in

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0203](#)
Prekäre Arbeits- und Aufenthaltsverhältnisse von IntGleich
Personen aus Vietnam – aktuelle Situation und
Perspektiven
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.05.2025

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
Prekäre Lebensrealitäten vietnamesischer IntGleich
Auszubildender
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

Da der Punkt 4 a bereits in Verbindung mit einer Anhörung in der 34. Sitzung begründet wurde und jetzt das Wortprotokoll vorliegt, welches wir vertagt hatten, müsste nur noch die Begründung für Punkt 4 b erfolgen. Wer möchte das von den antragstellenden Fraktionen machen? – Frau Senge! Dann hat sie das Wort. – Bitte sehr!

Katharina Senge (CDU): Das mache ich sehr gern. Sie haben es ja gesagt: Wir hatten vor zehn Monaten hier eine Anhörung zum Thema vietnamesische Auszubildende oder überhaupt Menschen aus Vietnam, die an verschiedenen Stellen – wie soll ich sagen? – aufgetaucht sind, im Bereich Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung, in dem Bericht, den wir hier hatten, in Flüchtlingsunterkünften und auch in den Berichten aus dem OSZ, wo es die Probleme mit den Auszubildenden gab. Wir haben dann verschiedene Personen hierher eingeladen, um das Thema von verschiedenen Seiten zu betrachten.

In der Zwischenzeit sind zwei Dinge passiert: Einmal hat Minor für Berlin eine wissenschaftliche Studie zu den vietnamesischen Auszubildenden erstellt, hat also das, was wir alles hier schon zusammengetragen haben, quantitativ und qualitativ speziell für Berlin zusammengefasst, auch mit Handlungsempfehlungen. Zum anderen hat das Abgeordnetenhaus im Januar 2026 einen Antrag durch die Koalitionsfraktionen eingebracht und beschlossen. Unter anderem soll eine Taskforce eingerichtet werden, die sich zu der Situation von Auszubildenden aus Nicht-EU-Ländern regelmäßig austauscht, weil wir die Beobachtung gemacht haben, dass so viele Bereiche betroffen sind und diese Erfahrungen und Beobachtungen an einen Tisch gebracht werden müssen, dass es auch zu Ausbeutungssituationen kommt – so deutlich muss man das an der Stelle sagen –, das Thema ausbildungsbegleitende Sprachkurse voranzubringen und vor allem eine Whitelist von seriösen Vermittlungsagenturen zu entwickeln und eine Bundesratsinitiative einzubringen, um für diesen Bereich eine gewisse Einheitlichkeit herzustellen, in dem wir auf der einen Seite aktiv Menschen anwerben, weil wir sagen, es gibt Branchen, in denen wir wollen, dass Menschen zur Ausbildung nach Deutschland kommen. Das ist ja erst mal etwas Gutes und Förderndes, aber es gibt an vielen Stellen eben auch Schattenseiten, und dort müssen wir hinschauen. – Das wäre die Begründung. Ich freue mich auf den Bericht, und Fragen würde ich dann noch mal nachlegen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich unseren Anzuhörenden, Herrn Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann, ganz herzlich begrüßen. – Sie sind Geschäftsführer bei Minor – Projekt-kontor für Bildung und Forschung gemeinnützige GmbH. Ihnen ein herzliches Willkommen! – Ich nehme an, dass Sie hier auch ein Wortprotokoll möchten. – Es wird bestätigt. Dann verfahren wir so. Begründet wurde schon. Dann frage ich, ob die Senatsverwaltung eine einleitende Stellungnahme abgeben möchte. – Das möchte sie, und Frau Senatorin bekommt das Wort. Danach gehen wir in die Anhörung. – Bitte sehr!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Auch von mir ein herzliches Willkommen! Diese Studie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern wir haben sie initiiert und in Auftrag gegeben, und ich freue mich, gleich zu den Erkenntnissen und Handlungsempfehlungen sprechen zu können.

Vielleicht noch, weil das Abgeordnetenhaus einen Beschluss gefasst hat, dass der Berliner Senat eine Arbeitsgruppe einrichten soll, um die ganzen Herausforderungen mal gemeinsam zu besprechen, einen aktuellen Stand dazu: Die Arbeitsgruppe hat sich konstituiert und hat ihre Arbeit Anfang des Jahres aufgenommen. Leider beobachten wir seit dem letzten Jahr, dass immer mehr Auszubildende aus Vietnam in Notlagen geraten. Arbeitsausbeutung ist ein großes Thema. Sie kommen voller Hoffnung, sind dann hier unter Schock, weil die Lebensrealitäten andere sind, als sie erwartet haben, teure Mieten, hohe Lebenshaltungskosten, bürokratische Hürden et cetera pp. Besonders beunruhigend sind Presseberichte, nach denen im letzten Jahr plötzlich vietnamesische Azubis aus Berliner Berufsschulen verschwunden wa-

ren. Es ist so, dass die Berichte darauf hindeuten, dass exzessive Vermittlungsgebühren – bis zu 20 000 Euro –, manipulierte Sprachnachweise und undurchsichtige Netzwerke starke Abhängigkeiten schaffen, was die vietnamesischen Auszubildenden angeht. Wir können eine vorsichtige Entwarnung geben. Die ersten Ermittlungen zeigen nämlich, dass der Verbleib vieler vietnamesischer Azubis geklärt werden konnte. Das ist eine gute Nachricht. Oft haben sie sich nicht abgemeldet oder sind in ein anderes Bundesland gezogen. Das war gut. Offen bleibt aktuell eine mittlere zweistellige Zahl, die es noch zu klären gilt, aber wir können, glaube ich, grundsätzlich sagen, dass wir bisher keinen Hinweis auf Menschenhandel haben.

Dennoch ist die Lage vieler junger Vietnamesinnen sehr besorgniserregend. Wie gesagt, wollen wir mit der Arbeitsgruppe auch einen Zwischenbericht vorlegen. Viele Azubis starten ihre Ausbildung unverschuldet. In vielen Fällen auch ist der Bund in der Verantwortung. Auch da wollen wir im Austausch sein, was die Agenturgebühren, was die seriösen und unseriösen Vermittlungsagenturen angeht. Insofern haben wir da noch einiges vor uns, und ich freue mich, dass wir heute darüber sprechen, denn wir brauchen diese Fachkräfte, insbesondere in den Pflegeberufen; dass wir diesen Menschen gute Ausbildungsbedingungen hier in Berlin möglich machen. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Gut! – Dann dürfen Sie, Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann, jetzt mit der Anhörung starten. Sie haben eine Präsentation mitgebracht, vielen Dank dafür! Vor Ihnen ist dieser Monitor. Unter dem Monitor ist noch eine Uhr, die mitläuft. Bis zu zehn Minuten würde ich Ihnen gerne Zeit geben. Danach kommt die Runde der Abgeordneten, die ihre Fragen stellen. Danach können Sie noch mal darauf reagieren. Bitte sehr!

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung gGmbH): Vielen Dank von meiner Seite, dass wir die Studie hier vorstellen können, die durch die Senatsverwaltung im Rahmen einer Projektförderung an Minor mit ermöglicht wurde!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das ist eine sehr intensive Studie gewesen, die das ganze Jahr 2025 über erstellt wurde. Sie ist im August im Wesentlichen fertig gewesen. Die Erhebungen, die wir uns jetzt anschauen, sind in der ersten Jahreshälfte 2025 gelaufen, und es weist alles darauf hin, dass sich das, was wir dort jetzt anschauen können, dieses Jahr eher noch verschärft als erleichtert hat.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir schauen erst mal kurz auf die Zahlen. Wenn Sie die sozialversicherungspflichtigen Azubis in Berlin nach Herkunftsländern anschauen, und da sind Doppelstaatsbürgerschaften nicht mitgezählt – Sie wissen also, dass nur Menschen mit ausschließlich ausländischer Staatsbürgerschaft hier gezählt werden. Wir sehen hier: Die Kurve der vietnamesischen Azubis ist die, die so stark nach oben gegangen ist. Es gibt aber auch noch einige andere Länder, die im Steigen sind, und alles, was wir jetzt hier exemplarisch an Azubis aus Vietnam besprechen, also mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft, gilt zunehmend auch für andere Zuwanderungsgruppen, denn es beruht darauf, dass die Fachkräfteeinwanderungsgesetzgebung entsprechende Anreize geschaffen hat, und die sind de facto jetzt hier zu sehen. Die sind in Vietnam besonders stark zu sehen, weil es dort eine entsprechende Infrastruktur gibt, aber auch indische

Azubis, neben indischen Studierenden, und inzwischen auch andere Länder sind im Gespräch, auch in anderen Bundesländern und auch bundesweit.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir uns anschauen, in welche Branchen Azubis aus Vietnam kommen – ich habe nur einen kleinen Teil der Zahlen aus der Studie mitgebracht –, dann sehen Sie das Gastgewerbe ganz stark vorn. Das hat die Senatorin gerade schon angesprochen. Heime und Sozialwesen sind aber auch sehr wichtig. Ich will im Kommenden darauf hinweisen, dass diese beiden Branchen im Fokus stehen, wenn man sich die Situation von Azubis genauer anschaut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir das getan haben, dann haben wir versucht, empirisch zu arbeiten. Alles, was ich Ihnen jetzt hier erzähle, beruht also darauf, dass wir versucht haben, wirklich zu erfassen, was ist, und nicht so stark über Einzelfälle und Pressemeldungen zu gehen, sondern Azubis selbst zu fragen, Auszubildende in verschiedenen Branchen, aber auch ihre Ausbilder, die Verantwortlichen aus den Berufsschulen und so weiter. Wir haben es geschafft, 127 vietnamesische Azubis in Berlin zu erreichen und zu befragen, und wir haben das dann noch in Einzelinterviews vertieft, mit Expertinnen gesprochen und auch viel in Social Media geschaut. Rechts sehen Sie ein kleines Beispiel aus den sozialen Medien, in denen sehr stark dafür geworben wird, doch einfach nach Deutschland zur Ausbildung zu gehen. Von den von uns befragten Azubis sind, um die Frage vorwegzunehmen, fast alle, 92 Prozent, neu zugewandert gewesen. Das heißt, wir haben auch schon vorher eine vietnamesische Bevölkerung in Berlin gehabt, also mit vietnamesischer Staatsangehörigkeit. Von der stammen aber nicht die Befragungsdaten im Wesentlichen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn man sich anschaut: Wie funktioniert das aus Vietnam nach Deutschland? –, dann ist es so, dass viele schon einen Abschluss haben, dass es aber besonders in Vietnam, im Gegensatz zu anderen Ländern, wo sich das erst entwickelt, schon eine sehr starke Infrastruktur gibt, die solche Anwerbeprozesse als Dienstleistung anbietet. Das sind die privaten Anwerbeagenturen und die privaten Sprachschulen, die es in Vietnam gibt, und über die kommt die Mehrheit derer, die wir befragen konnten. Daneben gibt es ein paar staatliche Programme, die deutlich bessere Qualität abbilden können. Von Vivantes gibt es etwas, Triple Win ist von der GIZ, und es gibt natürlich auch einen Zugang über familiäre Netzwerke, weil wir ja schon eine vietnamesische Community in Berlin haben.

Wenn die Ausbildung in Deutschland erfolgt – über die Hürden sprechen wir gleich noch –, sprechen wir auch darüber, dass vieles funktioniert. Unsere Studie zeigt, dass vieles gut funktioniert, vieles nicht so gut funktioniert und manches tatsächlich strafwürdig ist. Viel wird darüber geredet: Was passiert denn, wenn es nicht klappt mit der Ausbildung? Wo gehen die dann hin? – Es klappt vieles in der Ausbildung, aber wie Sie hier unten sehen, geht auch vieles in den Abbruch, in andere Aufenthaltstitel. Vielleicht können wir darüber später noch reden. Ich würde jetzt erst mal in den in den Problemen weitergehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben in Vietnam selber geforscht, auch zum Teil Leute befragt oder in sozialen Medien, und es ist deutlich zu sehen, dass es um Werbung geht, in die Ausbildung zu kommen, und nicht um realistische Erwartungen. Wir haben häufig eine deutliche Schönung der Situation, die dann da ist, und in Anbetracht dessen ist es eigentlich sogar erstaunlich, wie viele vietnamesische Azubis in Berlin ihre Ausbildung auch durchhalten.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben extreme Migrationsschulden. Das ist rechtswidrig. Entsprechende Gebühren dürfen in solchen Fällen nur Arbeitgeber zahlen. Das passiert zum Teil aber natürlich schon in Vietnam. Wir haben Verschuldungen. Wir sind in unseren Befragungen auf 6 000 bis 15 000 Euro für eine Ausbildung in Deutschland gekommen. Die Preise steigen aber, und wir haben eine Menge an Nebenkosten, vielen illegalen Nebenkosten. Sie wissen, dass man, wenn man im Berliner Wohnungsmarkt eine Meldeadresse haben möchte und man hat keine, eine mieten kann. Die Erstanmeldung kostet dann noch mal etwas extra, aber eine Meldeadresse ist ein Mietobjekt und nicht etwas, wofür man vielleicht nur einmal bezahlt. Dazu kommt die Sprachbegleitungen zu Terminen bei der Ausländerbehörde, die von der Agentur vorgebucht werden, wofür man auch noch mal eine Extragebühr bei der Agentur bezahlt. Alle möglichen Dienstleistungen kosten extra, und wenn es dann nicht klappt, kommen noch weitere Kosten hinzu. Das heißt, das Hauptproblem, neben mangelnder Sprachvorbereitung, besteht darin, dass es eine extreme Verschuldung gibt, und das treibt die Azubis in Nebenjobs oder in Abbrüche ihrer Ausbildung, um die Kosten wieder reinzuholen und an ihre Familien zurückzuüberweisen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben den unzureichenden Sprachbezug. Das hat zum einen generell etwas damit zu tun, wie Sprachvorbereitung funktioniert. Das betrifft alle Menschen, die Deutsch lernen wollen. In dem Moment, wo es in die Realität geht, gibt es einen deutlichen Schock. Es ist auch so, dass die Selbsteinschätzungen der Befragten und die Einschätzung des OSZ zum Beispiel stark auseinandergehen. Das kann man auch durchaus nachvollziehen, dass es öfter so ist. Das OSZ, im Gastgewerbe zumindest, kümmert sich da viel und bildet eigene Sprachkurse ab.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir dann schauen: Was passiert im Betrieb? –, sehen wir deutliche Unterschiede zwischen den beiden Hauptbranchen. Die sind an sich nicht unbedingt überraschend, weil Gastro meistens schwieriger in den Arbeitsbedingungen und auch schlechter in der Vergütung ist. Wir sehen, dass die Zufriedenheit im Pflege- und Gesundheitswesen an vielen Stellen deutlich größer ist. Da passiert eine deutlich strukturiertere Zuwanderung als im Hotel- und Gastrobereich. Das sind hier nur ein paar Zahlen, da könnte man auch noch tiefer einsteigen. Das schaffe ich jetzt in Anbetracht der Zeit nicht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wir haben bei den Ausbildungsrealitäten im Betrieb viele Überstunden, im Gastrogewerbe ganz besonders; viele gute Beispiele, aber auch eine ganze Menge negative Beispiele. Das

heißt, es gibt Licht und Schatten. Wenn wir nachher bei den Empfehlungen sind, werden wir uns noch mal anschauen, wie man damit umgeht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wohnraum ist ein Riesenthema. Sie können das allein daran ablesen, dass sich 70 Prozent der Befragten ein Zimmer mit jemand anderem teilen. Das heißt, das, was man sich eigentlich als Standardwohnform vorstellt, gibt es kaum.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn wir über die Unterstützungsangebote reden, steht rechtliche Beratung als Oberstes im Gastrobereich, während es im Pflege- und Gesundheitswesen deutlich niedriger ist und es da eher um Sprachförderung geht. Daran kann man schon mal sehen, wie schlecht die Verhältnisse in bestimmten Bereichen sind.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Wenn ich abschließend zu den Handlungsempfehlungen komme, dann sehen wir hier, dass es schon viel um Regulierung, aber auch um Stärkung der guten Beispiele geht. So funktioniert es, solange wir nicht eine gesetzliche Regulierung haben, in der Pflege zum Beispiel relativ gut. Wir haben natürlich die Anforderung, in dem Bereich, wo es um echte Ausbeutung geht, gesetzlich und auch strafverfolgend vorzugehen. Wir haben ein Riesefeld im Bereich der Wohnraumsicherung. Auch da würden wir natürlich empfehlen, wenn wir schon eine Zielgruppe im Kopf haben, dass die auch am Azubiwohnen partizipieren kann, das die Senatorin und die Senatsverwaltung gerade sehr stark vorantreiben. Wir würden empfehlen, noch stärker in die Beschwerde- und Meldestellen reinzugehen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Letzte Folie: Beratung und psychosoziale Unterstützung; dazu gibt es eine ganze Menge an Ansätzen. Das geht so ein bisschen in die Diskussion, die wir vorher bei einem anderen Punkt hatten: Wie sichert man die? Wie stellt man die auf Dauer bereit? Das Handeln in Vietnam durch realistische Aufklärung vor der Einreise nach Deutschland kann über soziale Medien sehr stark gestaltet werden, und Sprachförderung ist das A und O und kann am Ende noch an allen Stellen verstärkt werden. – Das war die Superkurzfassung.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank, Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann, für die Präsentation! Ich nehme an, dass wir sie auch zur Verfügung gestellt bekommen. – Vielen Dank dafür! Dann wird sie noch mal verschickt. – Dann haben wir in der Aussprache Frau Dr. Haghanipour, die sich zuerst gemeldet hat, und Frau Senge. Weitere Wortmeldungen nehmen wir noch entgegen. – Frau Haghanipour, bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank, Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann! Ich finde es gut, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen, und ich danke Ihnen für die Grundlage, die Sie uns gegeben haben! Ich habe vier Fragen dazu, und zwar einmal: Auf welcher Basis sind die Zufriedenheitswerte, die Sie hier aufgeführt haben, erhoben worden? Gibt es eine Fokusgruppe, gibt es eine Kontrollgruppe? Wahrscheinlich ist es eine allgemeine Zufriedenheit, die abgefragt wurde.

Im Bereich Pflege sind überproportional weibliche Personen beschäftigt. In der Gastronomie weiß ich es gar nicht. Dort kann ich mir auch vorstellen, dass es etwas mehr Frauen sind als Männer. Wie bewerten Sie die Geschlechterverhältnisse insgesamt?

Zu den Handlungsempfehlungen: Mich würde interessieren, ob Sie uns noch sagen können, welche dringend hier auf Berliner Landesebene angegangen werden müssen. Zum Beispiel bei den Vermittlungsagenturen weiß ich gar nicht, ob das auf Landesebene zu regeln ist oder auf Bundesebene.

Meine letzte Frage ist zum Thema Ausbeutung, Menschenhandel: Es gibt den 2024 auf Bundesebene beschlossenen Nationalen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Betroffenen. Wie würden Sie den bewerten in Bezug auf unsere Arbeit hier in Berlin? – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Senge, bitte!

Katharina Senge (CDU): Mich würden folgende Dinge noch interessieren, erstens bei den qualitativen und quantitativen Erhebungen: Wie viele waren junge Frauen, wie viele waren junge Männer, und wie sind Sie an die Befragten herangekommen? Die Zahl ist ja nicht so groß, wenn man eine quantitative Studie machen will. Gab es da Schwierigkeiten? Wie viele haben Sie angesprochen, um dann diese gut 100 zu überzeugen, an der Studie mitzumachen?

Dann: Sie haben von diesen zusätzlichen Kosten berichtet, dass man eine Meldeadresse kauft, für Termine bei der Ausländerbehörde und für den Wechsel des Arbeitgebers eine Extragebühr bezahlt, Vaterschaftsanerkennung für 9 000 bis 20 000 Euro. Das sind ja schon erhebliche Umstände. Jetzt hatte die Senatorin gesagt, Hinweise auf Menschenhandel gibt es nicht. Wie ist denn das LKA in die Taskforce involviert, und was sagt es zu diesen ganzen Umständen?

Dann hatte ich in Ihrer Studie gelesen, dass es gibt Hinweise auf Provisionslogiken gibt. Vielleicht können Sie noch erklären, ob es Provisionen für vielleicht eine Art von Weitervermittlung, für unterschiedliche Vermittler oder Ansprechpartner gibt. Ich weiß nicht, ob das mit den Provisionslogiken zusammenhängt oder etwas anderes ist.

Dann, dass damit geworben wird, dass man B1 in acht bis neun Monaten schafft und dann gleich herkommen kann und so weiter: Was ist denn realistisch? Es gibt bestimmte Gruppen, für die das realistisch ist, aber unter welchen Umständen wäre es realistisch, in acht bis neun Monaten zum B1-Level zu kommen? – Dabei belasse ich es erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Schubert, und nach ihr folgt die Abgeordnete Radziwill. – [Katina Schubert (LINKE): Alle Fragen wurden gestellt!] – Dann gebe ich mir jetzt selbst das Wort als Abgeordnete der SPD-Fraktion.

Ülker Radziwill (SPD): Sie hatten vorhin gesagt, dass Sie auch in Vietnam geforscht oder zumindest dort einige Fragen gestellt haben. Mich würde sehr interessieren, ob das Problem eigentlich den offiziellen Stellen bekannt ist und wie sie damit umzugehen gedenken. Gibt es dort eine Kampagne, eine Art aufklärende Werbung zum Beispiel? Das ist meines Wissens in manchen Ländern so der Fall gewesen. Mich würde interessieren, wie dort rechtzeitig Hin-

weise gegeben werden, was sie vermeiden sollten, um nicht in solch eine starke Schuldenfalle hineinzugeraten und dem Menschenhandel nicht noch weiter Tür und Tor zu öffnen; wie also die offiziellen Stellen damit umgehen.

Und: Gibt es vielleicht Best-Practice-Beispiele – das ist der zweite Fragenkomplex – in anderen Städten in Deutschland, von denen man etwas lernen könnte, die bei den Handlungsempfehlungen, die Sie gemacht haben, vielleicht schon weiter sind als wir in Berlin?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann bin ich jetzt wieder Ausschussvorsitzende. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht und darf Ihnen, Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann, gerne das Wort geben. – Bitte sehr!

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor): Vielen Dank! – Ich versuche, so viel wie möglich zu beantworten. Einige Sachen sind nicht ganz in meiner Kompetenz, aber wir schauen mal. Die Zufriedenheitswerte waren die erste Frage. Das ist eine einfache sozialwissenschaftliche Erhebung in einer empirischen Befragung. Wenn man die Befragung nicht zu lange machen kann, dann fragt man Problemfelder über Zufriedenheitswerte ab. Das ist da mit den 129 passiert; einfach zu sagen: Wie zufrieden bist du mit –? –, und dann ist es quasi eine einfache Skala gewesen, die in der Onlineumfrage eine Rolle gespielt hat.

Nach den Geschlechterverhältnissen ist mehrfach gefragt worden, von Frau Haghanipour und Frau Senge. In der Erhebung sind die fast ausgeglichen, 53 zu 47 oder so etwas, und auch sonst, wir achten schon immer darauf, sind keine ganz bedeutenden Unterschiede zu sehen. Wir haben relativ viele, ich kann aber die Zahlen jetzt nicht nennen, junge Männern, die in den Pflegebereich gehen. Im Gastrobereich spielen neben den Vermittlungsagenturen auch familiäre Netzwerke eine Rolle, und da gibt es auch keine Präferenz sehr stark männlich oder weiblich, zumindest so, wie wir es feststellen konnten.

Es gab auch noch die Frage, wie wir die 129 erhoben haben, und das ist nicht so groß im Vergleich. Das sind immerhin fast 8 Prozent der Gesamtgruppe, die wir erreicht haben. Das ist zumindest nicht schlecht. Bei den eingeschränkten Kapazitäten ist das – Sie müssen sich vorstellen, das hat quasi eine Person in wenigen Monaten gewuppt. Es gilt als schwierig, vietnamesische Azubis zu erreichen. Wir haben das auf sehr vielen Wegen gemacht, über Vereine, die OSZ, Onlinewerbung, über Einzelpersonen, mit denen wir zu tun hatten und die wir dann weiter gefragt haben. Mir ist nicht bekannt, dass eine größere Zahl durch eine andere Studie erreicht wurde, auch durch die aufwendigeren Studien nicht, die es zum Teil gab. Das ist natürlich trotzdem nur ein Hinweis darauf, aber er stimmt eben so gut damit überein, was die Expertinnen und Experten sagen, auch was Sie zum Teil an anderen Quellen haben, dass wir schon davon ausgehen, dass es ziemlich valide ist, was wir in der Studie aufzeigen konnten. – Zu den Handlungsempfehlungen komme ich ganz am Ende zusammenfassend.

Dann ging es noch um die Bewertung des Aktionsplans gegen Menschenhandel. Dazu kann ich nicht genügend sagen, da würde ich mich gerne enthalten. Da stecke ich nicht tief genug drin. Ich kann nur sagen, dass wir nicht direkt Fälle von echter Ausbeutung gefunden haben, sondern immer nur mal Hinweise darauf, dass es so etwas gebe, und auf dem Stand sind meiner Ansicht nach alle anderen Akteure auch. Die Frage, ob das LKA in der Taskforce ist, ging ja eher an den Senat. Dazu können wir vielleicht am Ende noch etwas hören. Wir können, wie gesagt, beide Seiten zeigen. Wir können auch auf die Einzelberichte verweisen, aber wir ha-

ben niemanden befragen können, der direkt selbst durch Arbeitsausbeutung so klar betroffen ist, dass das in dem Sinne von Menschenhandel zum Zwecke von Arbeitsausbeutung ist. Wir haben Berichte darüber, dass Leuten die Pässe weggenommen wurden und so weiter, aber niemanden selbst befragt. Das ist eben ein sehr schwierig zu erreichendes Dunkelfeld.

Wir haben dann noch von Frau Senge die Frage nach den Provisionslogiken gehabt. Das hat etwas mit der Verschuldung zu tun. Das bedeutet eigentlich, dass Menschen, die verschuldet aus Vietnam kommen, zum Teil in die Anwerbung von anderen jungen Menschen aus Vietnam gehen, um selber Geld zu verdienen. Das ist sozusagen so ein bisschen schneeballmäßig, hat aber etwas mit den Kosten zu tun.

Zu der Frage: Wie sind die Strukturen in Vietnam? – Es ist so: Keine der Vermittlungsagenturen kann in Vietnam ohne staatliche Zulassung arbeiten. Die sind alle vom Arbeitsministerium in Vietnam zugelassen, und es ist nicht illegal, dass sie dort Geld dafür nehmen. Das sind akkreditierte Vermittlungsagenturen. Es ist in Deutschland illegal. Es ist aber so, dass die rein rechtlich voneinander getrennt sind. Die Konstruktion ist so: Es gibt eine Agentur in Vietnam und eine in Deutschland. Die tragen beide den gleichen Namen. Für die Azubis ist es die gleichen Organisationen, rein rechtlich sind es aber zwei verschiedene. Damit funktioniert das auch, und die Verschuldung ist im Wesentlichen in Vietnam, und in Deutschland sind es eben Gebühren.

Wir haben dann noch die Frage, was realistisch ist, zu einem B1-Level zu kommen. Wie Sie es schon selber dargestellt haben: Es ist für einen Teil der Zielgruppe realistisch und für einen anderen nicht. Das ist quasi wie so eine Normalverteilungskurve. Wenn Sie alle erreichen würden, müssten Sie auch schnell mal die doppelte Zeit dafür ansetzen, und manche werden es nicht schaffen. Der extreme Druck und die Kosten, die damit verbunden sind, führen dazu, dass es auch einen Druck gibt, mit falschen Zertifikaten und so weiter zu betrügen. Darum arbeiten die guten Vermittler und die guten staatlichen Akteure wie die GIZ in Triple Win immer nur mit Goethe-Zertifikaten und Zertifikaten, von denen sie sicher sind, dass die auch in Vietnam von jemandem fremdabgenommen wurden und haltbar sind. Die Visumsbehörden überprüfen nur, ob das Zertifikat gefälscht ist oder nicht, und dann berechtigt das für ein Visum. Dafür wird nicht noch ein weiterer Sprachtest oder so etwas vom Auswärtigen Amt durchgeführt.

Dann gab es noch eine Frage zu den Handlungsempfehlungen und wie das mit Beispielen aus anderen Städten ist. Dazu kann ich sagen: Die gibt es bisher nicht. Ich glaube, Berlin ist relativ weit vorn mit der Taskforce. Das Problem, das wir generell haben, ist aber, und das weist auch darauf hin: An wen richten sich welche Handlungsempfehlungen? – Wir haben eine extreme Neigung dazu, an ganz vielen Stellen zu sagen: Dafür sind auch noch andere zuständig. – Das passiert beim Bund, das passiert bei den Ländern, das passiert, wenn Sie zur Kammer gehen, das passiert, wenn Sie zur BA gehen. Es sind so viele beteiligte Akteure, dass jeder sagt: Mein Register stimmt schon, und der Rest ist nicht unbedingt in meiner Zuständigkeit. – Das ist gerade das zentrale Problem. Es geht keine Bundesinstitution hin und sagt: Lasst uns mal einen Vergleich über alle Bundesländer machen! – Jede Vermittlungsagentur wird sich darüber freuen, weil es kein Gesamtbild gibt, sie kann aber in alle deutschen Bundesländer und Städte hineinwirken. Es gibt keine Befassung einer zentralen Stelle, die das alles mal koordiniert, auf Bundesebene. Es gibt ganz viele Arbeitsgruppen im BMAS, im BMWF, bei der Integrationsbeauftragten, auch bei der BA und so weiter.

Es beschäftigen sich wirklich viele Leute damit, aber es gibt keine Verantwortungsübernahme, dass jemand sagt: Okay, wir strukturieren das einmal richtig durch. Dann hat man viele Dinge in der Hand. – Auch hierzu noch die Antwort: Die Regulierung von Agenturen wird nicht unbedingt so laufen, dass es ein staatliches Siegel gibt – es würde Jahre dauern, bis man das rechtssicher hinbekommt –, sondern dass man wahrscheinlich in Richtung Selbstverpflichtung arbeitet, und dann könnten zum Beispiel Berliner Landesunternehmen – in der Pflege Vivantes und so weiter – schon darauf achten, dass sie nur mit Agenturen zusammenarbeiten, die sich selbst zu einem bestimmten Qualitätslevel verpflichtet haben. Das heißt, man muss da nicht unbedingt auf den Bund warten, auch wenn vieles nur auf Bundesebene dauerhaft effektiv angegangen werden kann. – Punkt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann gibt es noch eine weitere Wortmeldung. – Frau Dr. Haghanipour, bitte!

Dr. Bahar Haghanipour (GRÜNE): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich habe eine etwas formale Frage, ich weiß nicht, ob Sie die schon beantwortet haben: ob uns die Präsentation im Nachgang noch zugeschickt werden könnte.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Das hatte ich gleich, nachdem Herr Pfeffer-Hoffmann sein erstes Statement erledigt hatte, gefragt. Er hatte bejaht, und das ist über das Ausschussbüro schon erfolgt. Wenn Sie jetzt in Ihre Mails schauen, dann haben Sie es sogar schon. Es ist nämlich soeben erfolgt. – Vielen Dank!

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor): Die Studie insgesamt ist auch über die Website zugänglich, also alle Daten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Super! – Ich hätte noch eine kurze Frage als Abgeordnete der SPD-Fraktion.

Ülker Radziwill (SPD): Sie hatten eben gesagt, dass es diese Gesamtzuständigkeit nicht wirklich gibt. Wo sehen Sie denn, wenn Sie sich das wünschen und backen könnten, so nach dem Motto, die bestgeeignete Stelle, die das strukturieren könnte?

Dr. Christian Pfeffer-Hoffmann (Minor): Wir haben verschiedene Stellen auf Landesebene – wenn wir vom Land ausgehen: Was kann das Land tun? –, die hier gemeinsam deutlich besser vorankommen könnten. Die Kammern haben einen bestimmten Auftrag, kümmern sich auch, haben irgendetwas durchgeschaut, aber die Frage ist schon: Mit welchem Druck wird zum Beispiel immer wieder neu kontrolliert? Tun sie das gemeinsam mit der RD, also mit der Arbeitsagentur? Wird der Druck vielleicht noch größer? Gibt es eine Initiative von Landesunternehmen, von Wirtschaftsverbänden aus den entsprechenden Branchen, die sagt: Wir haben hier eine Liste von Agenturen. Wir haben einen Mindeststandard, den wir hier sehen möchten. Die Agentur, die sich dazu verpflichtet, wird von uns bevorzugt, und wir stellen das auch so dar –? Das sind schon mal drei wichtige Punkte. Ich finde die Taskforce, die Sie eingerichtet haben, sitzt da auch an der richtigen Stelle, um das zusammenzubringen. Dazu braucht man schon ein Stückchen Willen der beteiligten Akteure und vielleicht manchmal auch ein bisschen politischen Druck.

Ich will aber noch mal, ganz wichtig, darauf hinweisen: Es geht nicht nur um vietnamesische Azubis, sondern um Azubis aus Drittstaaten, die über Anwerbewege kommen. Das wird uns noch an ganz vielen anderen Stellen so begegnen. In Bezug auf vietnamesische Azubis gibt es inzwischen auch noch einige Aktivitäten aus den Communitys selbst, die über die Abteilung Integration laufen, die ganz gut unterstützend in der Aufklärung mithelfen können.

Auf Bundesebene kann man sich aus meiner Sicht relativ stark daran orientieren, wie es im Pflegebereich gelaufen ist. Da hat in dem Fall das BMG mit verschiedenen Akteuren aus der Branche entsprechende Kuratorien für das Siegel für faire Pflege gebildet. Da müsste man schauen, ob das BMAS oder das BMBFSFJ über das BiB zum Beispiel sich verantwortlich erklärt. Das BMWF, glaube ich, macht das nicht so richtig, aber da könnte man sich über einen der Akteure und die entsprechende Organisation, die es schon gibt, anschließen und an dieser Stärkung der positiven Dinge weiterkommen. Ansonsten, was die Arbeitsausbeutung betrifft, ganz normal die Bundes- und Landeskriminalämter, Zoll und so weiter, immer mal loszuschicken, ist, glaube ich, auch sehr wichtig.

Letzter Punkt: Wenn wir Wohnen nicht über Wohnkontrollen hinbekommen – das ist immer schwierig und sehr stark kommunalbasiert, das kennen Sie auch aus anderen Gründen –, dann ist so ein Weg wie über das Azubiwohnen und hier ein paar Leuten ein Angebot zu machen, genau der richtige.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann darf ich jetzt der Senatorin das Wort für eine Stellungnahme des Senats dazu geben. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich möchte noch mal ausdrücklich betonen, dass meine Verwaltung schon seit Längerem an dieser Sache dran ist, weil es sehr wichtig ist. Wir haben letztes Jahr zehn Jahre BEMA gefeiert, und die BEMA berät ja auch Menschen, die von Arbeitsausbeutung betroffen sind. Ich freue mich, dass es jetzt den Nationalen Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz der Betroffenen und den Nationalen Aktionsplan gegen Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit gibt. Auch in den Koalitionsvertrag haben wir diesen Punkt reinverhandelt, und das ist wichtig für die Betroffenen. Wir brauchen diese Fachkräfte. Uns geht es auch darum, diese Menschen gut zu begleiten, dass wir auch gute Arbeitsbedingungen haben. Es ist auch richtig, dass wir diese Projektarbeitsgruppe haben. Da sind viele Beteiligte dabei, dazu gehören die OSZ, die Handwerkskammern, die Bezirke. Wir sind auch im Austausch mit anderen Bundesländern. Ich habe im Kamin der letzten Arbeits- und Sozialministerkonferenz dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Ich bekomme auch Zuschriften zum Beispiel aus Thüringen, wo mich der DGB Thüringen angefragt hat: Hey, wir haben hier ein massives Problem. Was macht ihr da? Habt ihr eine Ansprechperson? Können wir uns dazu austauschen? – Meine Verwaltung hat eine Länderabfrage gemacht, ob dieses Thema auch in anderen Bundesländern virulent ist. Und ja, dieses Thema ist auch in anderen Bundesländern virulent.

Uns muss es in Zukunft natürlich darum gehen, dass wir die Defizite, die auch in Ihrer Studie, Herr Pfeffer-Hoffmann, genannt worden sind, was die Sprachhürden angeht – – dass das grundlegend vorhanden sein muss, weil von den OSZ hier ganz viele Rückmeldungen kommen: Diese Menschen verstehen gar nichts. Sie haben noch nie einen Deutschkurs belegt. – Das schafft natürlich weitere Hürden. Da müssen wir rangehen, aber auch, was diese Vermittlungsagenturen, die sich mit 20 000 Euro – – Die Menschen verschulden sich und sind dann

in dieser Abhängigkeit; dass das möglicherweise durch bestimmte Kriterien, die bundesseitig festgelegt werden, transparent gemacht wird. Da gehört einiges dazu, und ich bin froh, dass wir diese Projektgruppe haben. Weitere Details kann auch meine Staatssekretärin gleich nennen. Wichtig ist auch, wie wir hier wieder sehen, das Azubiwohnen, damit auch diese Abhängigkeiten in diesen schlechten Wohnverhältnissen abgebaut werden, und das treiben wir weiter voran.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Frau Micha Klapp, die Staatssekretärin für Arbeit und Gleichstellung, das Wort. – Bitte!

Staatssekretärin Micha Klapp (SenASGIVA): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ich würde noch zu zwei, drei Punkten ergänzen. Es ist mehrfach von Ihnen gesagt worden, Herr Pfeffer-Hoffmann, dass es nicht nur ein Problem oder eine Analyse in Bezug auf die vietnamesischen Auszubildenden ist, sondern weit darüber hinaus Nicht-EU-Staaten betrifft, sodass wir uns in der Vorlage, die das Abgeordnetenhaus uns gegeben hat, nämlich eine Taskforce einzurichten, erweitert und die Projektgruppe in Bezug auf faire Anwerbung für Auszubildende aus Nicht-EU-Staaten erweitert haben, sodass mit dem Ziel und auch mit dem Anlass aus dem letzten Jahr mit den 300 verschwundenen Azubis dem Grunde nach begonnen wurde, aber gerade auch die vielfältigen Lebensrealitäten und Herkünfte – die Zahlen haben Sie gesehen – weiter berücksichtigt werden. Das ist mir noch mal wichtig.

Auf einen zweiten Punkt, danach hatte die Abgeordnete Haghanipour gefragt, würde ich gerne Bezug nehmen, auf den Nationalen Aktionsplan. Es gibt zwei zum Thema Menschenhandel beziehungsweise Menschenhandel zum Zwecke der Arbeitsausbeutung, einmal mit der Perspektive Geschlecht und einmal mit der Perspektive Arbeit. Die Bezugnahme auf das BMAS würde ich kurz noch mal erläutern, weil unsere Arbeitsverwaltung hier intensiv in den Prozess – das ist ein Bund-Länder-Prozess gewesen – eingebunden war. Vielleicht erinnern Sie sich, dass die Senatorin Anfang letzten Jahres eine Schutzwohnung eröffnet hat nach dem österreichischen Vorbild. Wir haben auch über unsere sonstigen Aktivitäten, die nicht nur im Bereich Arbeit, sondern auch im Bereich Integration laufen, sehr maßgeblich die Berliner Perspektive dort eingespeist. Deswegen können wir aus unserer Sicht sagen, dass dort sehr viele wichtige Punkte auch genannt werden, das Ganze dann aber auch noch zur Weiterverbreitung in anderen Bundesländern führen kann und sollte und wir zum Thema Auszubildende weiter mit dem BMAS auch in Umsetzung dieses Nationalen Aktionsplans im Austausch sein werden, sodass auch das Festhalten an diesem wichtigen Nationalen Aktionsplan, bei dem wir alle sehr froh sind, dass er noch in der alten Konstellation verabschiedet wurde und jetzt aber weiterverfolgt wird seit letztem Jahr Februar – –

Aufgreifen will ich noch kurz die Bezirksperspektive, denn das ist auch immer interessant und wichtig für alle; dass eine Bezirksabfrage in allen zwölf Bezirken erfolgt ist und wir im Rahmen dieser Projektgruppe auch unsere Rückmeldungen erhalten haben – interessant sind hier immer besonders Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf in Bezug auf die vietnamesische Community – und das Ganze jetzt analysiert ist. Ich darf auch verraten, dass es bald einen Zwischenbericht an das Abgeordnetenhaus geben wird, in dem Sie die Details erfahren, wie der aktuelle Stand aussieht und wie die nächsten Monate sich noch bis zum Sommer gestalten, denn wir haben mit diesem Auftrag des Abgeordnetenhauses ein halbes Jahr Zeit, um entsprechende Handlungsempfehlungen ressortübergreifend und auch länderübergreifend gemeinsam zu erarbeiten.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann sind wir am Ende dieser Anhörung des Tagesordnungspunktes. – Ich darf mich ganz herzlich im Namen des Ausschusses bei Herrn Dr. Pfeffer-Hoffmann für die Expertise, die Sie hier eingebracht haben, bedanken. Vielen Dank! – Als Ergebnis schlage ich vor, dass wir den Punkt 4 a abschließen, das war die Auswertung der Anhörung noch vom letzten Jahr, und, wenn Sie möchten, mit dem neuen Wortprotokoll 4 b vertagen. Ist das in Ihrem Sinne? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so und können damit den Punkt 4 verlassen, und wir entlassen Herrn Pfeffer-Hoffmann aus dieser Anhörungssituation. – Schönen Tag noch!

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Effekte der veränderten Zulassungsregelungen zu den Integrationskursen des BAMF durch das BMI auf Berlin
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0255](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1748
Diskriminierende Bezahlkarte stoppen und gleiche Teilhabe für alle sichern!
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1754
Keine weitere Diskriminierung von Geflüchteten – Keine Bezahlkarte mit Einschränkungen

[0146](#)
IntGleich

[0148](#)
IntGleich

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.